

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pfg. fort ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die selbsteingelagerte Annon-
 ze oder deren Raum 40 Pfg., für
 Verordnungs- und Herkunfts-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraphisch-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 1. Juni 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die italienische Krisis.

Zu den fürchterlichen Krisen, die das schöne Land erschüttern, kommt nun auch eine Ministerkrisis und bald wohl auch eine Parlaments- und Parteienkrisis. Das Kabinett Rudini ist gesprengt; der Tod Brin's, des auch bei den Parteien der Linken angesehenen und im Lande geachteten Ministers, des Vertrauensmannes der einflussreichen piemontesischen Gruppe des Parlaments, der das Geschick der Vermittlung der Gegensätze in den Sitzungen der Kammer und des Ministerrathes hatte, erschütterte die Festigkeit des in sich schon früher uneinigen Kabinetts Rudini in seinen Grundfesten.

Herr Rudini hat seine politische Stellung nicht durch irgend welches Talent, durch irgend einen großen Zug in seinem Leben oder in seinen Fähigkeiten erworben, er verdankt seiner Abstammung und vor allem dem Umstande, daß er einer der reichsten Männer Italiens ist und deshalb nicht wie Ehren-Crispi stiehlt und schmutzige Geschäfte macht. Die Lage in Italien fordert die Thätigkeit eines großen, weitblickigen, energischen, vorurtheil- und kleinlichen Rücksichtnahmen nicht zurückschreckenden Mannes. Die Finanzlage ist tieftraurig, mit rücksichtslosen Steuererhöhungen, durch die sie lediglich Herr Luzzatti das Gleichgewicht im Staatshaushalte grausam hergestellt hat, kann nun nicht mehr vorgegangen werden! Die soziale Nothlage predigt ernstlich energische Politik zu Gunsten der Hungernden statt der bisher ausschließlich im Interesse der Besitzenden geübten Regierungskunst, Ersparnisse im Heere und in der Marine statt der bisherigen Großmannsucht und Großmachtspolitik. Herr Rudini ist aber nicht ein Mann neuer Ideen, kräftiger Entschlüsse, er ist nicht der Staatsmann, der sich über die Klasseninteressen, denen er gedient hat, und die er in Feden mit dem Wohl des Vaterlandes zu verwechseln beliebt, hinwegzusetzen vermag. Und doch soll Rudini das Ministerium von neuem bilden. Das Vaterland Macchiavelli's und Cavour's ist heute bettelarm an Staatsmännern von Talent und von reinen Händen und der König ist ein gewöhnlicher Handwerker seines Berufs, dem jeder große Zug fehlt.

Drei Fragen waren es, die zur Sprengung des erst vor kurzem rekonstruirten Kabinetts Rudini führten. Die finanziellen Schwierigkeiten, die zum Rücktritt des Finanzministers Luzzatti führten, die Absichten, gegen den Klerus einzuschreiten, die den Minister des Auswärtigen Visconti-Venosta betrogen, auszuschneiden, und die geplanten Attentate gegen die bürgerliche Freiheit, die den Minister des Innern Zanardelli zu seiner Demission veranlaßten. Möglich ist es, daß auch die anderen Minister die angenehme Gelegenheit, sich der Verantwortung für die schmachvolle Verwaltung, die Gräueltaten in Mailand, Neapel etc. den Belagerungszustand, zu entziehen, sich nicht entgehen lassen und Herr Rudini allein zurückbleibt. Das gegenwärtige Kabinett ist ja doch einer parlamentarischen Niederlage sicher. Herr Rudini lebte bisher von der gnadenweisen Unterstützung der äußersten Linken, die Rudini lediglich deshalb nicht beförderte, weil sie Crispi mehr haßte. Den Minister des Standrechts und der Kontrerevolution, den Mann des weißen Schreckens kann aber die äußerste Linke nur auf energischste befördern. Aber selbst die Rechte, die im Interesse der sogenannten Staatsautorität dem Kabinett keine Schwierigkeiten machen wollte, mußte der Absicht Rudini's, sich ein formelles Vertrauensvotum für seine schmachvolle Politik ertheilen zu lassen, widerstreben; so hat Rudini auf große parlamentarische Schwierigkeiten zu rechnen. Rudini kann keine Deputirten zum Eintritt in sein Kabinett, zur Mitverantwortlichkeit für die von ihm verführte Politik heranziehen. Bedeutet doch der Eintritt in dieses Ministerium wohl nur eine kurze Herrlichkeit, der unbedingt der politische Tod, von dem es keine Aufrechterhaltung geben wird, folgen muß. So wird der Marquise di Rudini entweder mit seiner Mission gänzlich scheitern oder sich begnügen müssen, abgebrauchte Politiker, die ihren Ruhesitz im Senat fanden, und in Ministerien vom obersten Kriegsherrn kommandirte Generale als Kollegen zu wählen.

Wie aber auch die Gestalt des künftigen Ministeriums Rudini sein mag, auf eine Mehrheit in der Deputirtenkammer rechnet der Ministerpräsident nicht; er soll deshalb nur den Auftrag der Neubildung des Kabinetts mit dem Dekret zur Auflösung der Kammer in der Tasche übernommen haben.

Also Neuwahlen in Italien! Neuwahlen unter der Herrschaft des Belagerungszustandes, Neuwahlen unter dem Druck der Bajonnette; die Führer des Volkes im Kerker oder in der Verbannung, das Versammlungsrecht unterdrückt, die Pressefreiheit aufgehoben, das wären die charakterisirenden Momente dieser Wahlbewegung. Was wäre sie anders, als eine Revolution von oben, als der offene Hohn gegen die Verfassung, gegen die Grundlagen jedes konstitutionellen Systems!

Auf Bajonnette kann man sich nicht setzen! Das mag das Haus Savoyen nicht vergessen; ein Parlament, das unter den Umständen gewählt werden soll, wie sie Herr Rudini geschaffen hat, schafft nicht Ordnung und Ruhe, sichert nicht die Grundlagen für eine gedeihliche Entwicklung, sondern muß die Unzufriedenheit auf die höchste Spitze treiben, muß die Mißwirtschaft des modernen Italiens zur vollsten Entwicklung bringen, aber auch den Bau erschüttern, unter dessen Trümmern leicht die

jenigen begraben werden können, die für die Korruption, die Verbitterung, die Aufstände, den Belagerungszustand die volle moralische und faktische Verantwortung zu tragen haben.

Vor dem Ausbruch der Ministerkrisis schrieb unser römischer Korrespondent:

Einige einflussreiche Organe, wie „Corriere della Sera“ und die „Tribuna“ suchen um jeden Preis die Hochfluth der Reaktion aufrecht zu erhalten; sie setzen voraus, daß ein Ministerium Giolitti-Zanardelli zusammenkommt.

So oder so. Die Lage im Lande bleibt dieselbe. Die bürgerlichen Politiker suchen alle das Wasser auf ihre Mühle zu leiten, aber an Reformen denkt kein Mensch.

Welche ungeheure Summen das arme ausgefogene Volk durch Zölle und indirekte Steuern aufzubringen hat, möge aus folgenden Zahlen hervorgehen:

Zoll auf Petroleum	34 000 000 Pfrs.
Salzsteuer	43 000 000 „
Zoll auf Zucker	65 000 000 „
Zoll auf Kaffee	20 000 000 „
Anderere indirekte Steuern	25 000 000 „
Summa	187 000 000 Pfrs.

Also beinahe 200 Millionen, die gegenwärtig von den Armen zur Erhaltung des Staatswesens beitragen werden müssen.

Nach den Nothen die Schwarzen; nach der Rage der Bourgeois der verschiedensten Couleur, die der Liberalen, Freidenker. Nachdem nun fast alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter unterdrückt sind, beginnt man auch die katholischen zu bekämpfen.

Seit einigen Jahren hatten auch die Katholiken begonnen, überall, namentlich auf dem Lande, Hilfskassen und Vereine zu bilden, die vielfach als politische zu betrachten sind. Die kirchliche Presse hat an Ausdehnung sehr zugenommen und ihre Organe griffen zum theil in aggressiver Weise die Regierung an. Einige Priester sind nach den Behauptungen der liberalen Presse sogar so weit gegangen, in der Kirche von der nahen Revolution zu predigen und daß jeder gute Christ dann die Pflicht habe, nach Rom zu marschiren, um den „Nachfolger Christi“ zu wählen.

Aber auch unter dem hohen Klerus giebt es eine Richtung, die einen energischen Kampf gegen die Politik der Regierung organisiert hat. Ihre Wortführer sind Ferrari, der Erzbischof von Mailand und der Priester Davide Albertario, Direktor der „Osservatore cattolico“. Der letztere ist in diesen Tagen verhaftet worden. Bei den letzten Wahlen hatten diese sogar es abgesehen, den gemäßigten Liberalen Unterstützung zuzusagen. Eine andere Richtung allerdings, getragen von Bonorelli, dem Erzbischof von Cremona, bekämpft seit Jahren mit großem Eifer die Sozialisten und sucht, wenn sie auch hier und da Opposition macht, im ganzen Freundschaft mit der Regierung zu halten. Wie es scheint, wird die erstere Fraktion von dem Episkopat begünstigt.

Die „gemäßigten Liberalen“ von Mailand wenden sich nun, nachdem sie glauben, von den Sozialisten und Republikanern befreit zu sein, auch gegen die auffälligen Priester. Der lampfeschlichte Erzbischof Ferrari, der bekanntlich bei Ausbruch der Revolte in Mailand flüchtete, wurde, als er die Freilassung einiger Priester, die in Haft genommen worden waren, beim Generalgouverneur beantragte, brülste abgewiesen.

Dieser Tage hat nun der Papst ein Schreiben an den Erzbischof Ferrari erlassen, das eine wahre Herausforderung an die herrschende Klasse und die jetzige Regierung bedeutet. Aus demselben geht auch hervor, daß der Papst auf Seiten der oppositionellen Priesterfraktion steht. Man kann gespannt sein, wer in diesem Streit die Oberhand behalten wird.

Während die Zeitungen lange Spalten mit Betrachtungen über den Tod des Marineministers Wein fällen, bringen sie recht wortreiche Verichte über die letzten beiden Sitzungen des Kriegsgerichts in Mailand. Und sie thun gut daran; da geschehen Dinge, über die ein regierungsfremdes Blatt gar nicht wenig genug bringen kann: in der Sitzung vom 25. Mai sind im ganzen auf 53 Jahre, 6 Monate 15 Tage Gefängniß erlangt worden! Die Zahl der Angeklagten in beiden Prozessen betrug 19, unter denen sich acht Minderjährige im Alter von 14 bis 18 Jahren und eine Frau befinden. Alle sind beschuldigt, in dieser oder jener Weise an den Straßenkrawallen theilgenommen zu haben — im speziellen handelt es sich um den Angriff auf den Palast Savoyen, und sind so des Landesfriedensbruchs, des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, der Aufreizung und Beihilfe am Aufbruch etc. angeklagt. Verurtheilung zu Gefängniß. Und 53 Jahre Gefängniß, von denen 28 Jahre und 6 Monate an Minderjährige, über halbe Kinder verhängt wurden! — An der Wand des Gerichtszaales hängt ein Christusbild und eine Tafel mit den Worten: Das Gesetz ist für alle gleich!

Der Deputirte Pescetti hat, wie der „Caffaro“ meldet, am 26. Mai, abends, den Montecitorio verlassen, mit der Erklärung, daß er durch seinen Aufenthalt daselbst nicht eine Prerogative als Abgeordneter zu seiner persönlichen Sicherheit habe ausüben können, sondern vor den Augen der Öffentlichkeit sein Mandat gegen politische Verfolgung habe sicher stellen wollen, in der Gewißheit, daß seine Verhaftung im Widerspruch zum Artikel 44 der Verfassung stände. Dem Verlassen des freiwilligen Gefängnisses ging eine Erklärung Zanardelli's voraus, der versichert, daß der Haftbefehl gegen Pescetti unter den obwaltenden Umständen Nichtvorhandensein eines flagranten Verbrechens außerhalb des Territoriums, über das der Belagerungszustand verhängt ist) nicht ausgeführt werden könnte.

In Catania hat man nach der „Gazzetta di Catania“ in der Nacht vom 25. zum 26. eine Bombe entdet. Von Ort und Stunde der Niederlegung war die Polizei unterrichtet. Trotzdem entkam der Thäter.

Der „Perseveranza“ wird aus Rom telegraphirt: Das Ministerium des Innern, im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium hat in Hinsicht auf einen als möglichsterweise in Aussicht stehend gemeldeten Streik der Schmittler — namentlich im Bolognesischen — eine zweckmäßige Verfügung getroffen.

Das Ministerium hat verordnet, daß in allen Regimentern der Infanterie, sowie der Verfolgler des 4., 5., 6., 7. und 8. Armeekorps Dispositionen getroffen wurden, die die sofortige Bildung einer Arbeiterkompagnie ermöglichen.

Genauere Normen über die Bildung, Ausrüstung und Verwendung dieser Kompagnien im Falle des Bedürfnisses sind beigegeben. Die Präfeldten sind von dieser Verfügung in Kenntniß gesetzt und detaillierte Bestimmungen an die unteren Behörden erlassen worden.

Wie loyal sich die Regierung es angelegen sein läßt, daß der Arbeitsvertrag in völliger Freiheit geschlossen werde! Ihre strapelhafte Gewissenhaftigkeit genügt, um beiden Theilen gleiche Stärke zu verleihen, den schwachen wehrlosen Großgrundbesitzern mit Truppen zur Hilfe zu eilen, gegen die übermächtigen Feldarbeiter, die nur aus politischer Intrigue gegen einen Lohn von 1 Pfr. täglich mit Weib und Kind auf den Reisfeldern verkommen.

Seit einigen Tagen war in den Schaufenstern der Buchläden von Turin die italienische Uebersetzung des Kar'ist'schen Werkes: Karl Marx' ökonomische Lehren ausgestellt, und plötzlich fällt, wie die „Stampa“ meldet, der Polizei ein, sie fämtlich zu beschlagnahmen, obwohl das Verlagshaus, in dem die Uebersetzung erschienen ist — Gebrauder Verer — Lieferant des Königl. Hauses ist.

Wie der „Avanti“ berichtet, haben die Genossen in San Franzisko (Kalifornien) eine Subskription eröffnet, um die Familien der Verhafteten in Italien zu unterstützen.

Dem Justizminister sind am 29. mehrere Anträge eingelaufen, strafrechtlich gegen folgende Deputirte vorzugehen: Turati, Bisolati, De Andreis, Rondani, Costa, Morgari, Pescetti und Rofri. Das genügt.

Wahlkampf.

Einige freisinnige Flugblätter.

werden wieder in Berlin herausgebracht. Ein Flugblatt für Dr. Langerhans — als Kandidaten für den dritten Kreis — wendet sich nur gegen die Reaktionsparteien und schweigt von der Sozialdemokratie. In sozialer Beziehung weiß das Flugblatt neben der Erhaltung der bestehenden Rechte von weiter nichts zu sprechen als von der Absicht, die berechtigten und erfüllbaren Wünsche der Handwerker und Arbeiter zu erfüllen. Aber was ist „berechtigt“, was ist „erfüllbar“, was ist nicht „berechtigt“, nicht erfüllbar? So drückt sich auch das Flugblatt gerade um die wichtigsten Fragen der Zeit herum und gebraucht statt dessen die hohle Phrase, die freisinnige Volkspartei wolle nicht den Interessen einzelner oder einzelner Stände, sondern dem Allgemeinwohl dienen. Nun, damit locht man doch keinen Hund mehr von dem Ofen.

Das andere uns vorliegende Flugblatt ist für den zweiten Kreis bestimmt. Es ist dem ersteren ähnlich, aber die Sozialdemokratie wird wenigstens darin zu bekämpfen versucht. Das Bürgerthum wird aufgefordert, der Sozialdemokratie, die die persönliche Freiheit vernichten wolle, am 16. Juni die klare Antwort zu geben:

„Wir wollen keine moderne Sklaverei durch ungerechte Unterbindung der Intelligenz und schablonenmäßige Gleichmacherei!“

„Wir wollen keine Konfiskation des ehrlich erworbenen Vermögens!“

„Wir wollen das Familienleben, welches die Grundlage eines jeden geordneten Staates bildet, nicht vernichten lassen!“

Wenn man diesen Versuch der Bekämpfung der Sozialdemokratie betrachtet, so muß man sagen, das Flugblatt für Dr. Langerhans ist klüger gemacht, denn da hat man lieber gar nichts gesagt statt solchen Unjunn zu schwätzen.

Wie malt sich doch die Welt gar wunderbar in diesen freisinnigen Klüpfeln!

Die freisinnigen wollen keine „moderne Sklaverei“. Für was aber erachten sie die heutige Stellung des Lohnarbeiters gegenüber dem Unternehmer? Ist das etwa „Freiheit“?

Die freisinnigen wollen keine „ungerechte Unterbindung der Intelligenz“. Aber gerade die von den freisinnigen verkörperte bürgerliche Gesellschaftsordnung läßt nur einen überaus geringen Theil der in der Bevölkerung vorhandenen Intelligenz zur Wirkksamkeit gelangen. Tausende von Talenten werden durch Geld und Koth unterdrückt, Fähigkeiten aller Art müssen verkümmern. Schadet nichts, der freisinn lebt in der besten aller Welten, er lebt in seiner Welt!

Von „schablonenmäßiger Gleichmacherei“ sprechen die Kreistling-Angreifer. Thatsächlich aber will gerade die Sozialdemokratie durch Schaffung besserer materieller Verhältnisse für die Gesamtheit des Volkes jedem die Möglichkeit erringen, seine Individualität voll auszuleben, was heute ausgeschlossen ist.

Es wird immer lieblicher: „Konfiskation des ehrlich erworbenen Vermögens?“ Doch wer konfiskirt? Konfiskirt nicht heute der Kapitalist das ehrlich Erarbeitete dem Arbeitenden? Versteht nicht auf dieser „ehrlchen“ Konfiskation gerade die „ehrlchen“ Ansammlung der großen Kapitalien?

Und schließlich das allerheiligste der freisinnigen Budeckel: „das Familienleben“. In Berlin, wo Venus Vulgava durch alle Gassen und Straßen ihren endlosen Reigen führt, sollte selbst freisinniges Philisterium sich solch' plumpe Verede gegen die Sozialdemokratie sparen.

Der freisinn mag doch versuchen, anständig zu unterliegen. Ist ihm keine Lächerlichkeit zu lächerlich?

Studiojus Miquel.

Wie der jehige spiritus rector der preussischen Politik über das Wahlrecht vor fünfzig Jahren dachte, ergibt sich aus einer „zeitgemäßen Pfingsterinnerung“ der „Saale-Zeitung“. Das Blatt druckt mehrere Adressen an die Rationalversammlung ab, die unter dem Vorsitz des Studiojus Miquel aus Göttingen in Studentenversammlungen in Eisenach am 13. Juni 1848 angenommen wurden. In der ersten Adresse heißt es: „Der Gesamtstaat konstituirte sich als Republik. . . . Wir protestiren gegen die Erwählung eines Kaisers, denn wir wollen die Freiheit unseres Staates nicht in die Gewalt eines Fürsten gegeben sehen. . . . Wir werden die Konstitution einer deutschen Fürstengewalt (im Gesamtstaate) als Verath an der vom Volke beschlossenen Volkssouveränität ansehen. . . . Endlich verlangen wir direkte Wahlen, da nur sie die Meinung des Volkes unverfälscht repräsentiren, und Beginn des Wahlrechts mit dem 21. Jahre.“

Vater Pöhl.

Zu anderen bekannt gewordenen löblichen Geschäftspraktiken des Bundes der Landwirthe kommt die folgende. Die Inzerate der

Wochenschrift „Bund der Landwirthe“ sind für 70—80 M. pro Seite und Nummer an den Inseratagenten Otto Thiele in Halle verpackt. Herr Otto Thiele nimmt aber aus jeder Seite 400 M. netto ein, so daß er jährlich 50—60 000 M. aus dem Geschäftseinkommen zieht. Er läßt sich für jede Zeile 75 Pf. bezahlen. Jeder Landwirth, jeder Verwalter, kurz jeder Insurgent muß den horrenden Preis an Otto Thiele zahlen, während dieser an die Bundeskasse nur 13—15 Pf. pro Zeile abzuführen braucht. „Vater Pflög“ läßt seine Bauern ruhig schröpfen, obwohl ihm nicht unbekannt sein kann, welchen ungeheuren Gewinn der Inseratagent O. Thiele aus dem vortheilhaften Pachtverhältniß zieht. Erwägt man, wie schlecht bei Mitteln die meisten Stellerwerbenden und die anderen ihre Produkte anbietenden sind, so wirkt auch dieses Verhältniß ein lehrreiches Licht auf die Banerfreundlichkeit der Bundesleitung.

Der agrarische Wurm im Zentrum.

Graf v. Bode-Wissen, der Führer der rheinischen Zentrumsbauern, veröffentlicht in der „Rheinischen Volksstimme“ folgende Erklärung: „Der von mir so dringend gewünschte Friede ist gescheitert. Auch der Wahlkreis Cleve-Geldern hat die Forderung der Kölner Landwirth-Versammlung abgelehnt und der Leitung des Rheinischen Bauernvereins eine parlamentarische Vertretung nicht gewährt. In dem ich dieses sofort zur Kenntnis unserer Freunde bringe, behalte ich mir eine ausführliche Darstellung des Herganges und meiner Auffassung der jetzigen Lage für die nächsten Tage vor.“

Zur Frage der Viehsperren.

Die Kommission der Schlächter-Vereine der deutschen Seestädte hat soeben einen umfangreichen Bericht über ihre Thätigkeit betreffend die Viehsperre herausgegeben, welcher alle hiermit zusammenhängenden Fragen eingehend beleuchtet. Den Inhalt kennzeichnen folgende vier Forderungen, welche die deutschen Fleischer in dem jetzigen Wahlkampf an die Reichstags-Kandidaten stellen:

1. Bei der Einführung der allgemeinen zwaangsweisen Fleischbeschau darf den Landwirthen keine wie immer geartete Ausnahmestellung gegenüber der amtlichen Aufsicht eingeräumt werden.
2. Der § 4 des Viehsperregesetzes vom 1. Mai 1894 ist dahin abzuändern, daß die Viehsperren zu verhängen, nicht mehr dem Reichskanzler allein zusteht, sondern dem gesammten Bundesrath zu übertragen ist.
3. Die Zuckerküln-Impfung an Schlachtvieh ist als zwecklose Maßregel abzuschaffen.
4. Alle ausländischen Fleischwaren sind bei der Einfuhr einer mindestens gleichwertigen gesundheitspolizeilichen Prüfung zu unterwerfen, wie solche durch die inländischen Gesetze für die Fleischvertheuerung im inheimischen Schlächtergewerbe vorgeschrieben ist.

Richter und v. Kardorff.

So geschworene Gegner die Herren Richter und v. Kardorff in den meisten politischen und wirtschaftlichen Fragen sind und so heftig die gegentheiligen Ansichten der beiden parlamentarischen Führer bei zahlreichen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht wurden, so enig sind beide, wenn es sich darum handelt, den Arbeitern das bische Schuß, das ihnen heute noch gewährt wird, zu entreißen oder zu vergrößern. So haben sich z. B. beide, als die Frage des Achttags-Lohnschlusses im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache kam, gegen die Einführung zu vieler sozialpolitischer Gesetze ausgesprochen aus Furcht, daß dadurch die Sozialdemokratie gestärkt werden könnte. Der Abg. Richter bezeichnete es als einen unglücklichen Zug der Zeit, daß man immer so leicht bereit sei, nach der Ermischung der Polizei zu rufen, und verlangte von der Regierung, diesem Zuge nicht zu sehr nachzugeben, hauptsächlich weil die Sozialdemokratie diese Richtung in jeder Weise befördere. Und in ganz ähnlichem Sinne warnte Herr v. Kardorff vor der Art und Weise, wie unsere Sozialgesetzgebung seit 1890 betrieben sei, da man dadurch zu einer politischen Ueberwachtung auf allen Gebieten komme, die in der That unerträglich sei. Auch bei anderen Gelegenheiten haben beide Herren kein Hehl daraus gemacht, daß ihnen die Februar-Erlasse von 1890 nicht gerade angenehm sind. Heute, wo es den Anschein hat, als ob die Erlasse überhaupt nicht mehr ausgeführt werden sollen und als ob die Sozialreform auf absehbare Zeit stille steht, können sich beide auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet ruhig wieder bekämpfen. Nachen sich aber in der Regierung später noch einmal sozialpolitische Regungen bemerkbar, so werden wir uns auf das erbare Schauspiel gefaßt machen müssen, den Ranghiesermann Richter und den Schutzjöllner v. Kardorff gemeinsam sich rüsten zu sehen zum Kampfe gegen Arbeiterdumm. Mögen die Herren auch in ihren sonstigen Anschauungen noch so viel auseinandergehen, hier ist ein Gebiet, auf dem die edlen Seelen sich wiederfinden, um vereint ihrem Haß Ausdruck geben zu können gegen jede gesetzliche Regelung der Erwerbs- und Arbeitsverhältnisse des Proletariats.

Die freisinnigen Brüder.

Aus Girsberg i. Schl. wird deponiert: Die freisinnige Vereinigung lehnt es ab, im Wahlkreis Girsberg-Schnau einen gemeinsamen Kandidaten mit der freisinnigen Volkspartei aufzustellen und wendet sich durch ein in heftiger Sprache gehaltenes Flugblatt gegen die freisinnige Volkspartei.

Herr Wörmann hat „gestaltet“.

In den „Hamburger Nachrichten“ erzählt der Vorstand des Reichstags-Wahlvereins einen Ausruf an die „reichstreuere“ Wähler. Der Ausruf wimmelt von den üblichen Schimpfwörtern gegen die Sozialdemokratie. Hamburg habe, so heißt es da, „seit langen Jahren keine wirkliche Vertretung mehr im Reichstage. Wollenbubr, Diez und Wegger seien nie für unsere Lebensinteressen, für den Schutz unseres Handels, unseres Verkehrs, unseres Gewerbes“ eingetreten u. s. w. Unter „wirklichen Vertretern“, die „unsere Lebensinteressen“ vertreten, versteht der hiesige Reichstags-Wahlverein natürlich nur Großfabrikanten und IHresgleichen, und da die übergroße Masse der Hamburgischen Bevölkerung diese Art Leute für ihre Ausbeuter und Schinder, nicht aber für ihre Interessenvertreter und Schützer ansieht, so sagt das Flugblatt, die jetzigen Vertreter sind gar keine „wirklichen Vertreter“. Dieses Geschwätz zeigt aber nur den großen Kerger der „Reichstreuere“ darüber, daß das arbeitende Volk der großen Handelsmetropole kein politisches Recht nach seiner eigenen Ueberzeugung ausübt und sich nicht von den Kommerzienräthen und Bureaukraten leithammeln lassen mag. Wir haben dann nichts dagegen, daß die Herren schimpfen und toben. Weit interessanter ist uns eine Stelle des Ausrufs, die zwar nur eine Kleinigkeit bedeutet, aber sehr lehrreich ist. Für den 2. hamburgischen Wahlkreis ist der bekannte Geschäftsmanu Adolph Wörmann wieder aufgestellt. Während es nun von den Kandidaten des 1. und 3. Kreises heißt: „Der unterzeichnete Vorstand empfiehlt...“ sagt derselbe Vorstand über die Kandidatur Wörmann:

„Für den 2. Wahlkreis hat Herr Adolph Wörmann gestaltet, daß wir die reichstreuere Wähler auffordern, ihre Stimmen auf seinen Namen zu vereinigen.“

Herr Wörmann hat „gestaltet“. Der gnädige, beinahe an eines König Stamm Königsleibheit heranreichende Herr Wörmann hat die Güte, sich herabzulassen, daß man ihm seine Wahlstimme zuwendet. Herr Wörmann hat gerührt zu gestatten. Aber die Wähler werden sich gestatten, von der gütigen Erlaubniß keinen Gebrauch zu machen.

Nationalliberale gegen den Nationalliberalen.

Im Wahlkreis Rostock hat sich Herr Professor Raasche aufstellen lassen. Herr Raasche nennt sich nationalliberal, gehört aber zu dem agrarischen Flügel der Partei. Früher kandidirte er in dem Kreise als liberaler Kandidat, jetzt als Kandidat der „Sammelpolitik“ gegen den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung, Dr. Barth. Das schönste aber ist, daß die Nationalliberalen in Rostock nichts von ihm wissen wollen, sondern zu Barth stehen. Der nationalliberale Raasche wird also von den Nationalliberalen bekämpft und nur der Bund der Landwirthe tritt für ihn ein.

Das ist eine köstliche Episode aus der Defakanz der national-liberalen Partei.

Die Beamten und die Möglichkeit zu wählen.

Die „Soziale Praxis“ erinnert daran, daß durch Entschließung der bayerischen Regierung vom 4. November 1897 dem gesammten im Tagelohn und Arbeitsverhältniß befindlichen Personal der Staats-Eisenbahnverwaltung, auch den von der Staatsbahnverwaltung aufgenommenen und bezahlten Arbeitern diejenige Zeit, die ihnen zum Zweck der Theilnahme an den Reichstagswahlen nöthig, innerhalb der gewöhnlichen Arbeitsstunden, soweit die örtlichen Dienstverhältnisse dies gestatten, freizugeben ist. Diese freie Zeit darf vom Lohn nicht abgezogen werden.

So in Bayern, und in Preußen? Ja, wenn es sich um die Landtagswahlen mit ihrer öffentlichen Stimmabgabe handelte, dann ließe Herr Thiele, genau wie im Jahre 1893, mit sich reden.

Ein gelungener Herr

Der Kandidat der gemäßigten — sprich: konservativen — Parteien des Kreises Waldenburg i. Schl. sein. Derselbe sprach kürzlich in einer Versammlung des Verbandes der reichstreuere Bergarbeiter-Vereine des Kreises Waldenburg. Zu derselben waren auch Mitglieder des Wahlvereins der gemäßigten Parteien geladen und erschienen. Der Kandidat, ein Amtsgerichtsrath Krause, sagte zunächst, daß er keine Behörde halten wolle, sondern er gebe nur die Frage zu erörtern: Liegt es im Interesse der Arbeiter, einen Sozialdemokraten zu wählen? In seinem Vortrage zog er dann weiter über die Sozialdemokratie her und schließlich wurde er als alleiniger Kandidat des Verbandes des unpolitisch sein wollenden reichstreuere Bergarbeiter-Vereins proklamirt. All das nennt man natürlich keine politische Thätigkeit. Weiter war es deshalb, daß am Schluß der Versammlung der Vorsitzende des Verbandes, dem anwesenden Landrath Schärmer versicherte, daß der Verband bei Förderung seiner Interessen stets die gesetzlichen Grenzen innehalten werde.

Ein weißer Hahn.

Der konservative „Bürger- und Hausfreund“ in Löwenberg in Schlesien richtet an seine Parteigenossen die dringende Aufforderung, den Gegnern nicht die Säle abzutreiben, denn dadurch hätten dieselben nur Vortheil. Das Blatt wird wohl damit nur tauben Ohren predigen, denn bis jetzt und wohl für immer wird es eine der hervorragendsten geistigen Kampfmittel der konservativen Partei bleiben, den Gegnern die Säle abzutreiben.

Mangelhaftigkeit der Wählerlisten.

Aus Gleiwitz wird uns unter dem 28. d. M. geschrieben: Von einer geradezu erschreckenden Mangelhaftigkeit sind die hiesigen Wählerlisten. Massenhaft wurden nicht eingetragene Wähler nachgetragen werden. Wie werden am Wahltag auf die Zahl der nicht eingetragenen Wähler schaut aufpassen, des schon jetzt aus verschiedenen Gründen beabsichtigten Wahlprotestes wegen. Diese Arbeit können sich unsere Genossen sparen. Wer nicht in den Listen steht, kann nicht wählen. Nur wenn den Wählern die beantragte Aufnahme in die Wählerliste aus ungesetlichen Gründen verweigert worden wäre, läge ein Protestgrund vor. Die Mangelhaftigkeit der Listen an sich ist aber kein Protestgrund. Deshalb liegen sie ja öffentlich aus, daß sie eingesehen und event. berichtigt werden. (D. N.)

Von der Agitation.

Am Donnerstag sprach Genosse Liebnicht in Rathenow, und am Sonnabend in Rostock vor großen und begeisterten Versammlungen. Heute tritt er eine längere Wahl-Agitationstour an, zunächst nach Sachsen, von da nach Rheinland-Weiltalen (Solling, Elberfeld, Bochum u.) und dann nach Mainz, Offenbach u. Am 14. Juni wird er wieder in Berlin sein.

Im Kreise Ober-Barnim in Schöpfung fand am zweiten Pfingstfeiertage eine Volksversammlung unter freiem Himmel statt, die auch von Frauen stark besucht war. Der Referent Genosse Brunns hatte etwa 10 Minuten gesprochen, da löste der überwachende Gendarm die Versammlung auf, weil die Anmeldung der Versammlung zwar bescheinigt, aber die Genehmigung nicht erfolgt sei.

Humor im Wahlkampf. In Kellinghusen hatten unsere Parteigenossen eine Versammlung einberufen, die mit folgender Motivierung vom Amtsvorsteher verboten wurde: „Auf Ihre Anfrage, betreffend Versammlung am Himmelfahrtstage, versehe ich nicht, Ihnen ergehen zu berichten, daß die Versammlung unter freiem Himmel wegen der ungünstigen Witterung und der ungünstigen Lage des Versammlungsortes zur Zeit nicht stattfinden kann. Es sieht Ihnen frei, bei eintretender günstiger Witterung Ihren Antrag zu wiederholen. Der Amtsvorsteher. Homfeldt.“

Für den Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben fand am 1. Pfingsttag in Magdeburg eine Parteikonferenz statt. 29 Orte waren durch 55 Delegirte vertreten. Raether-Veritt, der Kandidat des Kreises, referirte über Agitation und Organisation. Auf seinen Vorschlag wurde der Wahlkreis in 12 Agitationsbezirke eingetheilt. In denjenigen Orten, in welchen Versammlungsorte nicht zur Verfügung stehen, wird der Kandidat des Kreises Sprechstunden abhalten, wie dies bisher schon mit großem Erfolg geschehen ist. Im allgemeinen ist überall ein Vordringen unserer Ideen zu konstatiren.

Am 2. Pfingsttag wurden 40 000 Flugblätter im Wahlkreis verbreitet, darunter 2000 polnische; die Verbreitung ging glatt von statten.

Aus Schlesien. Die Wahlagitation wird in ganz Schlesien mit Hochdruck betrieben. Versammlungen können allerdings bei üblichem Saalabtreiben so gut wie gar nicht stattfinden, doch wenn es unseren Genossen gelingt, an einem Orte einen Saal zu erhalten, so ist der Besuch regelmäßig ein ungemein harter und der unseren Medern gegebene Beifall beweist dann, daß ihre Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Die Flugblattagitation, die diesmal mit besonderem Eifer betrieben wird, wird von der ländlichen Bevölkerung sehr günstig aufgenommen. Neben der Sozialdemokratie ist der Bund der Landwirthe am eifrigsten in der Agitation. Die Freisinnigen, die ihrer ganzen Vergangenheit nach eigentlich Sturmblöde gegen die Reaktion sein sollten, wissen vom ganzen Wahlkampf nichts besseres zu thun, als in der gemeinsten und gehässigten Weise die Sozialdemokratie zu beschimpfen und zu verleumdern. Als Dank dafür verlangen sie denn, daß in den Stichwahlen die Sozialdemokraten für sie stimmen. Unzählig sind die Flugblätter, die von unserer Seite bereits verbreitet worden. Und wenn schon bei der Wahl im Jahre 1893 einige Kreise des freisinnigen Reichstages von uns sehr hart bedroht wurden, so dürfte es diesmal noch besser kommen. Die Flugblattverbreitung während der Pfingstfeiertage war eine besonders zahlreiche. So wurden in den Kreisen Reichenbach-Neurode, Glay-Habelschwerdt und Frankenstein-Kranterberg nicht weniger als 70 000 Flugblätter verbreitet. Die Verbreitung erfolgte fast ausschließlich von Langenbiela aus und doch hatten sich so viele Genossen zur Theilnahme gemeldet, daß nicht einmal alle in Thätigkeit treten konnten. Im Wahlkreis Schwidniz-Striegau sind bereits zwei Auflagen von Flugblättern in Höhe von 80 000 resp. 83 000 Exemplaren verbreitet, während im Wahlkreis Girsberg-Schnau 15 000 resp. 18 000 Flugblätter von unserer Seite zur Verfügung gelangten. In Siegnitz haben unsere Parteigenossen mit den denkbar größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Während alle andere Parteien große Säle zur Verfügung haben, müssen wir uns mit einem kleinen Lokal, in dem etwa 20 Personen Platz nehmen können, begnügen. Desto eifriger muß nun die Flugblattvertheilung betrieben werden. Am Sonnabend sprach hier Genosse Zugauer unter lebhafter Zustimmung in einer gut besuchten Versammlung. Am Sonntag sprach Zugauer in Breslau vor einer Versammlung, die von 1000 Personen besucht war. In der Frühe war ein Flugblatt in 100 000 Exemplaren verbreitet worden.

Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt wurden: in Stuhm-Marienwerder von den Polen v. Dominiński; in Löbau-Rosenberg Dr. Reznitowski;

in Oitweiler-St. Wendel-Weisenheim gegen Stumm von Jentzen Dr. Helle, Generalsekretär der Berliner katholischen Vereine; in Bergzabern-Germersheim vom Bund der Landwirthe und den Nationalliberalen Gander, Vorsitzender des Bundes der Landwirthe für die Pfalz; in München I von den Liberalen Schwarz; in München II von den Liberalen Klinger; in Weimar werden die Nationalliberalen keinen Kandidaten aufstellen, sondern gleich im ersten Wahlgange den Freikonserwativen unterliegen. Damit gewinnen die Konservativen an Aussicht, in die Stichwahl mit unserem Parteigenossen zu kommen.

Der Antisemit Sedlitz theilt mit, daß er seine Kandidatur in Kolberg-Köslin zurückgezogen habe. Die erhoffte petuniäre Wahlunterstützung ist ausgeblieben.

Für die Reichstagswahl im Wahlkreis König-Zuchel-Schlochau haben die Konservativen beschloffen, auf ein Kompromiß mit den vereinigten Liberalen einzugehen und den vorge schlagenen Kandidaten, Korrigendenanstalts-Direktor Grofbert-Konty, anzunehmen.

Politische Uebersicht.

1. Berlin, den 31. Mai.

Eine schwere Niederlage der Freisinnigen. Herr v. Bülow hat sich mit dem Nothen Adlerorden vom Reichstags-Präsidenten zurückziehen können. Der zweite Vizepräsident des Reichstages, Herr Kammergerichtsrath Spahn, tritt morgen seine Stelle als Reichsgerichtsrath an, während Herr Schmidt, der erste Vizepräsident, der so überfreig die Präsidentenklode schwang, so gerne Ordnungsrufe ertheilt, so nervös wurde, wenn „allerhöchste oder höchste“ Personen in die Debatte gezogen werden konnten, ohne Orden, Lob und Auszeichnung den Hochst des Reichstages verlassen mußte. All die Liebesmüh' umsonst! —

Die belgischen Stichwahlen, welche am Sonntag stattfanden, haben größere Ueberraschungen nicht gebracht. In Verbiers, wo, wie wir mittheilten, das Resultat der ersten Wahl für die Sozialisten ungünstig war, hat die Stichwahl zum Verlust von 4 Mandaten geführt; die Merikalen, denen dort die Liberalen zu Hilfe kamen, siegten mit vier tausend Stimmen Majorität. Im allgemeinen bleibt die Zusammensetzung der Deputirtenkammer dieselbe wie bisher. Die Merikalen haben 112 Sitze, die Liberalen 6, die Radikalen 6, die Sozialisten 28. Die Sozialisten hatten bisher 29 Sitze; die Zahl 28 erreichen sie, indem sie statt der verlorenen Mandate von Verbiers ein Mandat in Hug und 2 in Thuin gewannen. Die Liberalen haben in Ath 2 Mandate von den Merikalen gewonnen, dafür 1 in Hug, 1 in Thuin an die Sozialisten verloren. Die Merikalen haben 4 Mandate in Verbiers gewonnen, 1 in Thuin an die Sozialisten und 2 in Ath an die Liberalen verloren.

In den Stichwahlen, abgesehen von Verbiers, an denen die Sozialdemokratie theilhaftig war, hat die Partei ausgezeichnet abgeschnitten. Sie hat die Sitze, welche 1894 zur Ueberraschung der Gegner und über alle eigenen Erwartungen hinaus gewonnen wurden, jetzt gegen die mit allen Mitteln unternommenen Wiedergewinnungsversuche des Merikalismus, den die Staatsmacht ansiebigst unterstützte, zu behaupten gewißt. Das ist eine sehr bedeutende Leistung und beweist, daß der Sozialismus in Belgien nicht nur durch besondere Augenblicksmomente begünstigt die fabelhaften Erfolge von 1894 errungen hat, sondern daß er sich fest und breit in den Massen des arbeitenden Volkes in Belgien eingewurzelt hat. Das Errungene festzuhalten, ist oft schwieriger, als in heißem Ansturm neue Positionen zu erringen.

Unsere Partei hat aber nicht nur das vor vier Jahren Errungene bewahrt, sondern, wie wir vor acht Tagen zeigten, große Fortschritte gemacht. Hat sie auch ein Mandat eingebüßt, so hat sich doch die Zahl der Wähler, die ihr die Stimmen gegeben, ganz außerordentlich vermehrt.

Nach der amtlichen Feststellung haben die Merikalen gegen 1894 23 317 Stimmen verloren. Die verhältnißmäßig kleine Partei der christlichen Demokraten hat 17 815 Stimmen gewonnen. Die Liberalen haben 76 423 Stimmen verloren, die Sozialisten und Radikalen haben 84 658 Stimmen gewonnen.

Bei der künftigen Wahl des Jahres 1900 werden hauptsächlich Merikale Kreise, die schon 1896 stark gefährdet waren, zur Wahl stehen, wie jetzt hauptsächlich um sozialistische Kreise heftig gestritten wurde. Da wird die Situation der Merikalen Regierungspartei ebenso ungünstig sein, wie sie bei der jetzigen Wahl günstig war. Nach dem Ausfall dieser Wahl aber zu urtheilen, muß der Merikalismus eine vernichtende Niederlage erleben. —

Deutsches Reich.

Vor den Strafrichter gehören die Leiter des Bundes der Landwirthe — das fordert sogar ein so gemäßigtes Blatt wie die „National-Zeitung“. Manipulationen, wie die Höheranschreibung von 15 Mark pro Wagen bei Thomas-Phospharmehl-Lieferungen sind eben so eigenthümlicher Natur, daß sich das Strafgesetzbuch für sie in hohem Maße interessirt. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt allerdings, es sei ja doch ein Uebing, daß überhaupt eine Bezugsvereinigung ihre Mitglieder schädigen kann, wenn der genannte, aus den Lieferungen resultierende Vermittlergewinn wieder denselben Mitgliedern zu gute kommt, d. h. in die Bundeskasse zurückfließt, um der Erreichung der Bundesziele dienlich gemacht zu werden.

Dies würde aber doch nur zutreffen, wenn alle Mitglieder des Bundes Thomas-Phosphat geliefert bekommen hätten. Das war nicht der Fall — nur ein kleiner Theil bezog Thomas-Phosphat und diese sind besteuert zu gunsten der Bundeskasse, d. h. überwiegend zu gunsten der übrigen Mitglieder. Und dazu kommt, daß dieses Opfer an die Bundeskasse nicht freiwillig geleistet wurde — es wurde erpreßt unter der Vorspiegelung einer falschen Thatsache, daß nämlich der Wagon dem Bunde 15 M. mehr koste, als es in Wirklichkeit der Fall war. Und eine solche unqualifizirbare Geschäftspraxis bestand auf Anordnung des Bundesvorstandes, d. h. der Herren v. Pflög, Dr. Köstke und Dr. Hahn.

Sehr merkwürdig sind die von der „Vossischen Zeitung“ gemachten Andeutungen. Sie schreibt:

Ob der Vermittlergewinn wirklich nur den Mitgliedern der Bezugsvereinigung zu gute gekommen ist, bedarf noch des Nachweises. ... Endlich wird zu untersuchen sein, ob nicht ein Theil des Gewinnes als Lantime an Oberbeamte des Bundes vertheilt worden ist, besonders an drei Herren von der landwirthschaftlich-technischen Abteilung. Die Herren Vöndler, die sich über das geschäftlich unantastbare Gebahren von Konsumvereinen so weidlich enthielten, die gegen Baarenhäuser und Großhändler zu Felde ziehen, scheinen selbst recht eigenartige Geschäftspraktiken zu haben.

Vor den Strafrichter mögen sie gehören, aber wo kein Ankläger ist auch kein Richter und wer sollte die Herren Pflög, Hahn, Dr. Köstke anklagen wollen? —

Wie die agrarischen Fleischvertheurer der Seudengefährdung Folge leisten, dokumentirt in drastischer Weise eine Petition,

Bestrebungen sicher, welche darauf gerichtet seien, den Außenhandel zu heben und die Konkurrenz des Auslandes zu bekämpfen. Die Regierung lasse es sich angelegen sein, dem französischen Handel wichtige Abgabengebiete in dem großen Reich zu sichern, mit dem Frankreich durch so werthvolle Freundschaftsbände verbunden sei, und auch in den Vereinigten Staaten, mit denen soeben ein Zollabkommen getroffen sei, das das beste Unterpfand der gegenseitigen freundschaftlichen Gesinnungen sei.

Antisemitisches. Anlässlich der Ankunft Drumont's in Marseille fanden Kundgebungen statt, welche in Schlägereien ausarteten. Die Polizei zerstreute die Ansammlungen und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Als Drumont und andere algierische Deputierte Montag Abend, von Marseille kommend, auf dem Honore Bahnhof in Paris eintrafen, kam es zu Kundgebungen, in deren Verlaufe fünf Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Kundgebungen wiederholten sich vor dem Hause der „Libre Parole“, als Drumont dort eintraf; es kam zu Thätlichkeiten, bei denen eine Person verletzt wurde.

Paris, 30. Mai. (Fig. Ver.) Die diesjährige Kundgebung auf dem Parc-Lachaise-Kirchhof zum Andenken der Märtyrer der blutigen Maiwoche gestaltete sich zugleich zu einem eindringlichen Protest gegen Rochefort. Vier Stunden lang widerhallten der Kirchhof und die benachbarten Straßen von dem mehrtausendstimmigen Doppelschrei: „Hoch die Kommune! Nieder mit Rochefort!“ Das war die Quintessenz der Sozialisten für die verächtliche Rolle des gefühmsüchtigen Demagogen während der Wahllampagne. Um dessen Schmach zu vollenden, hat die Polizei des Herrn Vartoux in brutaler Weise für die kleine Schaar der Rochefortisten Partei genommen. Der tapferere Rochefort war, wie immer, wenn es nach Unannehmlichkeiten riecht, nicht erschienen. Er feierte das Andenken der Kommune auf dem „Kampffeld von Autent“, wo gleichzeitig ein famoseres Pferderennen stattfand. Ebensoviele „echte“ die Kommune kämpfer durch seine Anwesenheit Rochefort's treuester Laie, der Abg. Ernest Roche, der 1871, was kürzlich herausgefunden wurde, als Sergeant in den Reihen der Versailleser Truppen die Kommune niedermegelte. Das tapferere Heldenpaar ließ sich durch obstruente Schleppentzüge vertreiben. Diese konnten den Kranz des „Intransigant“ mehr oder minder unterschreiben nur dank dem kaufkräftigen Schutze der Polizei bis zur Mauer der Höcker bringen. Der Zutritt zu Blanqui's Grabstätte wurde ihnen aber, trotz der Polizei, von einer kompakten Menge Sozialisten verweigert.

Die Kundgebungen gegen Rochefort pflanzten sich auf dem Rückwege bis in die Montmartre-Strasse, vor der Redaction des „Intransigant“, fort.

Damit hat das kämpfende Pariser Proletariat die Kriegserklärung der „Petite République“ an das um Rochefort gruppierte „nationalistische“ Kuddelmüddel ratifiziert.

Heute rächt sich Rochefort, indem er Jaurets persönlich in einem von gewohnter Weissenlosigkeit strotzenden Schimpfartikel angreift. Wird ihm nichts helfen! Der alte Handwurst war gefährlich, nur so lange ihn die Sozialisten in ihren Reihen duldeten. Von nun an ist er für immer abgethan. Eine Wiederbelebung, wie sie zum nachträglichen Bedauern der Sozialisten nach dem Krach des Boulangerismus, genauer nach Rochefort's Niederlage aus der Londoner „Verbannung“ (1895) stattfand, ist ausgeschlossen. Wie Jaurets neulich in der „Petite République“ schrieb, wird das sozialistische Paris Rochefort's Leuten „nie und nimmer, was auch geschehen mag, verzeihen.“

Die Pariser Organisation der Guesde'schen Arbeiterpartei feierte in einer Festversammlung die Wahlerfolge der Partei. Jules Guesde führte den Vorsitz. Von den 17 in der Provinz gewählten Parteikandidaten (anstatt 6 in der früheren Kammer) war anwesend nur der jugendliche Abgeordnete von Grenoble, Jernas, Mitglied der Parteileitung. Die übrigen, vorläufig in ihren Wahlkreisen zurückgehalten, sandten Glückwunsch-Depeschen. Aus den Reden ist hervorzuhelien die einer Einigung der gesamten sozialistischen Kräfte eher feindliche Stimmung. Ein Redner meinte unter dem Beifall der Zuhörer, die „sogenannten Unionisten“ (Einigungsfreunde) könnten leicht ihren Zweck erreichen: „Sie brauchen nur sich — unferer Organisation — anzuschließen.“ Schärfer kann man die Einigungsbestrebungen nicht verwerfen.

Die „Petite République“ veranstaltet ihrerseits eine Festversammlung zu Ehren sämtlicher sozialistischer Abgeordneten ohne Unterschied der Richtung, mit dem ausdrücklichen Zweck, die Bande, welche sämtliche Kämpfer der sozialistischen Sache einigen müssen, fester zu knüpfen.

Spanien.

Madrid, 31. Mai. Morgen wird in Cadix der Kemet Abdallah, der Mörder des in Marokko getödteten deutschen Unterthans Häpner, hingerichtet werden.

Rußland.

Verhaftungen aus politischen Gründen haben im Laufe des Monats Mai in Moskau und in Odessa stattgefunden. In Odessa befinden sich gegenwärtig aus politischen Gründen gegen 120 Personen in Haft.

Serbien.

Belgrad, 26. Mai. (Fig. Ver.) Die serbische Armee war zwar bisher schon elend gekleidet und sehr schlecht genährt; seitdem aber im vorigen Jahre die fünfmonatliche Dienstzeit jener jungen Leute, die die Stütze ihrer Familie bilden, durch eine einjährige Dienstzeit ersetzt wurde, liegt auch das Elend der serbischen Soldaten beträchtlich. Die Zahl der Soldaten in den Kasernen stieg von 20 auf 30 Tausend, die Gagen der höheren Offiziere wurden bedeutend erhöht seit der Rückkehr des alten Königs, zu gleicher Zeit sank aber die ohnehin schon geringe Lebenshaltung der Gemeinen. Die meisten Rekruten erhielten in diesem Frühling nur Mägen aus dem Zeughaus, sonst behalten sie ihre eigene Kleidung: leinene Hosen, Hemd und Öpningen. Die Lage der Soldaten im Innern des Landes ist wirklich eine ganz traurige — nicht nur daß man ihnen keine Kleidung oder fast keine giebt, sondern sie erhalten auch eine elende Nahrung: meistens nur Brot, das schon schimmelig ist. Die Unzufriedenheit ist sehr groß. Die Gemeinen wurden noch durch die Unteroffiziere aufgehetzt, die seit mehreren Monaten schon keine Para Sold erhalten haben. Man befürchtet eine allgemeine Empörung, da kleinere Emeuten gegen Brot-Lieferanten aus Uajke schon gemeldet wurden.

Die Regierung mit dem König Milan an der Spitze sucht überall nach einer Anleihe, die ihr ermöglichte würde, für die Soldaten besser Sorge zu tragen. — Und trotz alledem spricht man von auswärtigen Abenteuern, so von einer energischen Aktion in Makedonien.

Belgrad, 28. Mai. Nachdem die Nationalbank aus der erzwungenen Behmmissionen-Anleihe fünf Millionen eingezahlt hat, giebt die Bankleitung nunmehr der Regierung bekannt, sie sei außer stande, den Restbetrag einzuzahlen, weil sie infolge des hohen Aufgeldes und des bedeutenden Geldmangels für die ausgegebenen Noten die entsprechende Metalldeckung nicht aufbringen könne. So dürfte sich der offene Bankrott von Milan's Lotteriewirtschaft nicht mehr länger aufhalten lassen.

Asien.

Von dem gegenwärtigen Zustand Japans entwirft ein Franzose, der sich längere Zeit in Japan aufgehalten hat, in einer Zuchrift an das „Journal de Geneve“ eine Schilderung, die von den glänzenden Farben, in denen gewöhnlich die Entwicklung des ostasiatischen Inselreiches gemalt zu werden pflegt, garnichts zeigt, vielmehr sehr pessimistisch gehalten ist. Die Zuchrift, welche die „Zürcher Post“ wiedergiebt, ist betitelt „Die Illusionen Europa's über Japan.“ Der Verfasser fährt darin folgendes aus:

Die Wälder Europa's lebten in einer Illusion, wenn sie glaubten, aus ihrer Stellung im Orient mit einem Schläge hinauszugeworfen zu werden. Seit einem Jahr schon befindet sich Japan in einer schweren wirtschaftlichen Krisis. Ueberall Anzeichen,

daß sich die materielle Lage des Volks verschlechtert, daß die künstliche Zivilisation wieder in Trümmer fällt. Den Grund des Uebels erblicken die Japaner in dem vollständigen Mangel an Kapital. Die Privaten, die kommerziellen Gesellschaften und die Regierung entbehren der Betriebsmittel. Der Handel liegt darnieder oder wird mit Nutzen nur von wenigen großen Häusern in Yokohama, Tokio, Kobe und Osaka betrieben. Die Industrie arbeitet mit Verlust, die Erzeugnisse der Manufaktur liegen in den Magazinen aufgeschauelt, die größten Etablissements brechen zusammen und diejenigen, welche der Krisis noch widerstanden, kämpfen hart um die Existenz. Die Eisenbahnen und Dampfschiffe ermangeln der Passagiere und Frachttücker. Die Zustände und öffentlichen Kundgebungen der Arbeiter mehren sich und der Sozialismus gewinnt in allen Gesellschaftsklassen feurige Anhänger.

Der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr nimmt von Jahr zu Jahr zu, und das finanzielle Gleichgewicht wäre ohne die Kriegsschuldabgung von 350 Millionen Yen nicht denkbar. In den nächsten Jahren aber wird das wenige Gold ins Ausland abfließen. Die intelligenten Japaner sehen die Katastrophe voraus und die Kaufleute sämtlicher Branchen veranstalten Meetings zur Veranlassung der Mittel, um aus dieser unglücklichen Situation herauszukommen. An der Spitze dieser Bewegung steht der Direktor der japanischen Bank, Jamamoto, der in einem japanischen Journal einen Artikel veröffentlichte, der weiter nichts ist, als der Roßfährer einer angsterfüllten Nation. Der Preis des Reises ist auf die außerordentliche Höhe von 70 bis 80 Rappen per sho (1/4 Liter) angestiegen, und man rechnet aus, daß die Einfuhr fremden Reises im Jahre 1898 für die 42 Millionen Einwohner sich auf 40 Millionen Yen (nominell 5 Franken) beziffern werde. Den Grund dieser enormen Zehrerung bilden die Anläufe der Regierung, die für einen event. Krieg vorzogen wollte, die schlechte Ernte vom Jahre 1897 und die durch die politische Spannung in China verursachte Störung des Handels. Zahlreiche Familien riefen ihre Söhne von der Universität in Tokio ab, weil unermögend, ihnen die Existenzmittel weiterhin zukommen zu lassen. Aus demselben Grunde war die Zahl der neu aufgenommenen Studierenden in diesem Jahre nur halb so groß wie in früheren Jahren. Mit Noth arbeitet die Regierung daran, die Herrscher von China und Korea zur Aufhebung ihres Reiseausfuhrverbotes zu bewegen.

Die Landwirtschaft geht zurück, die Privatwälder werden geschlagen, zum größten Theil schon sind die Berge kahl, die Zündholzfabriken und andere Industrien decken ihren Holzbedarf in Formosa; die Regierung sieht sich zur Intervention gezwungen, und schickt sich an, die noch vorhandenen Wälder zu erwerben. Die japanische Kohle entwickelt, wie es sich herausstellt, ein Drittel weniger Heizkraft als ihre Konkurrenzprodukte; infolge des Krieges hat sich ihr Preis außerdem verdoppelt. Die japanische Regierung selbst lieh für ihre Bedürfnisse zum Theil englische Kohle zu führen, und die Privat speculation befolgt nun dieses Beispiel, zum großen Schaden für die einheimische Bergwerks-Industrie.

Die Regierung läßt nichts unversucht, gegen die verhängnisvolle Entwicklung anzukämpfen; in allen möglichen Formen werden staatliche Subsidien im Uebermaß gewährt. Durch solch künstliche Mittel hilft man den Dividenden der Aktiengesellschaften nach, die inzwischen noch vegetiren. Nur durch diese Subsidien vermögen sich die Schiffahrts-Gesellschaften zu behaupten. Und neben diesen Geldspenden glaubt nun Japan das Mittel, der Verarmung zu steuern, im Protektionismus gefunden zu haben. Man erläßt Gesetze, die bezwecken, die Japaner auf Kosten der Fremden zu begünstigen und sie in den Stand zu setzen, sich vor dem Inkrasttreten der neuen Handelsverträge des Handels zu bemächtigen.

Diese Schilderungen sind wohl geeignet, einer allzu großen Furcht vor der „gelben Gefahr“ vorzubeugen. Wir meinen allerdings nicht, daß die junge japanische Zivilisation „wieder in Trümmer fällt“. Es scheint, als ob schwere wirtschaftlichen Krisen vorliegen, deren Ueberwindung wohl viele Jahre erfordern mag, aber keineswegs unmöglich ist.

Weihaiwei ist am 24. d. M. formell von den Engländern in Besitz genommen worden und es weht dort die britische Flagge.

Zu Hongkong-Thale herrscht, wie dem „Daily Telegraph“ aus Shanghai gemeldet wird, Erregung; dieselbe werde von den chinesischen Beamten, die sich gegen die Verwaltung der Zölle-Einnahmen durch den Generalzollinspektor Sir Robert Hart sträuben, gehähet.

Yokohama, 31. Mai. Der Landtag verwarf mit einer Majorität von 60 Stimmen den Antrag, eine Petition gegen die Politik der Regierung in Betreff China's an den Thron zu richten.

Die foranische Regierung beschloß, drei weitere Häfen zu eröffnen und Pinghang zum offenen Handelsplatze zu erklären.

Amerika.

Washington, 30. Mai. Das Reziprozitäts-Abkommen mit Frankreich ist zum Abschluß gelangt. Wie verlautet, hätten der französische Vorkämmerer Cambon und der amerikanische Bevollmächtigte Aaton am Sonnabend dasselbe unterzeichnet; am Mittwoch würde das Abkommen in kraft treten. Die den Vereinigten Staaten seitens Frankreichs eingeräumten Konzessionen beziehen sich besonders auf Fleischwaaren, Speck, frische Früchte, Konserven und Holz. Die seitens der Vereinigten Staaten Frankreich bewilligten Zugeständnisse betreffen besonders Branntwein, Alkohol, nicht moussierende Weine und Kunstgegenstände.

New-York, 30. Mai. Heute Abend sind die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada zum Abschlusse gelangt. Man ist endgiltig übereingekommen, eine Kommission zu bilden, welche alle strittigen Punkte zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada prüfen soll, und ferner einen Vertrag zwischen der britischen Reichsregierung und den Vereinigten Staaten zur Regelung dieser Punkte zu entwerfen. Das Uebereinkommen wird der britischen Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um Zollfragen.

Montreal (Kanada), 31. Mai. Der frühere Attache des spanischen Gesandten Bernabe, Lieutenant Carranza, hat gegen den Polizeichef von Montreal den Antrag auf Verhaftung gestellt, weil derselbe in seine Wohnung eingedrungen ist und ihm alle Briefschaften fortgenommen hat. Unter diesen Briefschaften soll sich auch eine Liste von allen spanischen Spionen in Amerika befinden.

Der Krieg.

Das einzig Sichere, was vom Kriegsschauplatz gemeldet werden kann, ist, daß alle Nachrichten über eine Seeschlacht in Westindien reine aus sensationeller Erfindung beruhende Nachrichten waren. Mag auch die gelbe (Sensations-) Presse der Vereinigten Staaten, vor allem New-York's, viel Schand an den gemeldeten Phantastereien haben, so darf auch die Absicht der kriegführenden Mächte nicht unterschätzt werden, den Gegner irrezuführen, ihn im Unklaren zu lassen über Stärke, Standort und Bewegung der eigenen Streitkräfte, als Mittel hierzu dient falsche Information der europäischen Presse. Da bei der Lage und Ausdehnung des Kriegsschauplatzes selbst die kapitalträchtigsten englischen Blätter nicht in stande sind, durch eigene Berichte ihre Leser zu informieren, so wird das wohl bis zum Ausgang des Krieges nicht anders werden.

Das Ende des Krieges ist nicht so bald zu erwarten, wohl besteht das eine Moment fort, die finanzielle Schwäche Spaniens, aber ein gewisses Gegengewicht hat dieselbe in der militärischen Unvorbereitetheit der Vereinigten Staaten. In der zuletzt eingetrossenen Nummer des „Philadelphia Tagblatt“ fanden wir die folgende aus Schidamanga den 17. Mai datirte Korrespondenz:

„Ungefähr 7000 Freiwillige sind soweit hier eingetroffen. Sie kommen in jeder nur möglichen Ausstattung heran. Welche haben Feldmägen, welche Phantastik-Uniformen und nicht wenige haben gar keine. Ein Regiment aus Indiana kam ganz ohne Gewehre, das 25. Michigan-Regiment hatte ganz neue Uniformen und 25 Rüstungen, aber bloß 5 Gewehre auf die Kompanie. Die Ausrüstung ist allgemein so fragmentarisch, daß sie als kaum bestehend anerkannt werden kann. Einigezüge voll sind übrigens unterwegs hierher. Das 4. Regiment Pennsylvania-Infanterie ist eingetroffen.“

Dem Londoner „Standard“ wird ähnliches über den schlechten Zustand der amerikanischen Truppen berichtet.

Aus Westindien liegt im wesentlichen nichts neues vor, die spanische Flotte scheint noch im Hafen von Santiago de Cuba zu liegen, bloß von einem Theile der amerikanischen Flotte blockirt, die übrigen Schiffe sollen mit unbeladener Bestimmungsorte abgedampft sein. Die spanische Reserveflotte, die angebliche Mauders dornimmt, aber wahrscheinlich auf dem Wege nach Westindien ist, soll durch amerikanische Schiffe über ihre Abflucht ausgeundschaftet werden.

Aus Key West wird gemeldet: Der Dampfer „Florida“ ist hierher zurückgekehrt, nachdem es ihm gelungen war, 400 Kubaner unter dem Befehl des Generals Yacet, welche nebst einer großen Menge Waffen und Munition von Tampa abgegangen waren, auf Kuba zu landen.

Dem „Standard“ wird aus Key West gemeldet: Die Stadt Remedios in der kubanischen Provinz Santa Clara wurde am Sonnabend von 800 Mann des von Gomez befehligten Aufständischen-Heeres, darunter 300 Veritenten, angegriffen und genommen. Dabei wurde ein wenige Tage zuvor für die spanischen Truppen eingetroffener Vorrath an Lebensmitteln erbeutet. Der Verlust der Aufständischen wird auf 4 Tödtete und 8 Verwundete, jener der Spanier auf 32 Tödtete und 63 Verwundete angegeben. Die Spanier eroberten aber die Stadt später zurück. Die bei dem zweiten Treffen beiderseits erlittenen Verluste sind nicht bekannt.

General Salcedo, welcher von einer Fahrt an Bord eines Kanonenbootes zwischen Rueditas und Calbairn nach Camaguey zurückgekehrt ist, berichtet, er habe von den Aufständischen den Eindruck empfangen, daß sie nicht im stande seien, die Amerikaner zu unterstützen.

New-York. Eine Depesche der „Tribune“ aus Washington meldet, es sei an den Befehlshaber in Tampa, Schafter die Weisung ergangen, den größten Theil seiner Streitkräfte, sämtliche regulären Truppen und die für den Transport am besten ausgerüsteten Freiwilligen-Regimenter, einzuschiffen. Die besten Schiffe des reorganisirten Geschwaders Sampson's würden die Expedition begleiten, um die Ausflucht zu schägen. — Aus Port au Prince wird berichtet, daß Nachrichten aus Santiago de Cuba zufolge Admiral Cervera dort 800 Artilleristen und Ingenieure gelandet und 20 000 Mauergewehre sowie große für die Forts bestimmte Mengen Munition für schwere Geschütze ausgeladen habe.

Wie die „Tribune“ aus Washington erfährt, meldete General Miles, er werde sich morgen in Tampa an Bord eines kleinen Schnellkreuzers einschiffen, um sich nach dem Kriegsschauplatz zu begeben.

Der am 22. Mai von New-York abgegangene Kreuzer „Columbia“ ist heute mit einem großen Led im Schiffsrumpf auf der Steuerbordseite wieder hier eingetroffen. Derselbe war unterwegs mit dem englischen Dampfer „Roscolia“ zusammengestoßen, der mit Getreide beladen nach Bordeaux bestimmt war. Die „Roscolia“ ist bei dem Zusammenstoß gesunken, ihre Mannschaft aber von der „Columbia“ gerettet worden.

Der am Sonnabend in Kingston (Jamaika) eingetroffene Hilfskreuzer „Harvard“ kam von San Nicolas und will nach Key West weiter gehen. Es fehlt ihm an Kohlen; auch ist der Dampf-Steuerapparat in Unordnung. Das Schiff wird hier reparirt, die englischen Behörden bestehen aber darauf, daß es sofort nach der enderter Reparatur in See geht. Es sind Maßnahmen getroffen, daß sich durchaus niemand an Bord des Schiffes begiebt.

Zahlreiche Nachrichten sind auch über die Lage auf den Philippinen eingetroffen. Dem amerikanischen Geschwader soll es an Lebensmitteln und Munition mangeln, die Lage wird durch den Umstand sehr erschwert, daß die englischen Behörden in Hongkong die Verproviantirung des amerikanischen Geschwaders aus Gründen der Neutralität nicht weiter gestatten wollen. Auch die Spanier in Manila leiden schwer unter Mangel an Nahrungsmitteln. Wlos Reis soll vorhanden sein. In Manila herrscht große Unsicherheit, mehrere auf böswillige Brandstiftung zurückgeführte Brände haben stattgefunden.

In einer Depesche des Madrider „Liberal“ aus Hongkong, welche Nachrichten aus Manila bis zum 24. Mai enthält, wird mitgetheilt, die Stadt Santo Thomas befinde sich im Aufstand. Die Aufständischen brannten Häuser nieder und ermordeten den Kommandeur der Freiwilligen, einen Geistlichen, sowie andere Spanier. Man versichert, die Amerikaner hätten Aguinaldo und andere Insurgentenführer nach Manila gebracht, damit diese die Aufständischen beim Angriff auf Manila unterstützen und deren Bewegungen mit den Landungsversuchen der Amerikaner in Wechselbeziehungen bringen sollen. — Das Rabel von Mo-Jo ist abgechnitten worden.

Aguinaldo scheint gleichzeitig mit den Spaniern und den Amerikanern zu verhandeln.

Der Korrespondent des „Neuter'schen Bureau's“ in Manila theilt unter dem 27. Mai folgendes mit: Das Eintreffen der amerikanischen Verstärkungen werde für Mitte Juni erwartet; vorher sei es den Amerikanern unmöglich, Manila zu besetzen. In letzterer Stadt dauerten die Engländer-feindlichen Kundgebungen fort; seitens der Spanier geische nichts, um dem Inhalt zu thun. An Bord des amerikanischen Kreuzers „Boston“ sei eine Krankheit, die ersten Charakter trage, ausgebrochen. Admiral Dewey habe das Versprechen abgegeben, Manila nicht zu besetzen, wenn die Spanier sich verpflichteten, ihre Befestigungen nicht verstärken zu wollen. Letztere wären aus diese Bedingung eingegangen.

Der spanische Ministerrat hat ein Ausfuhrverbot für Silber erlassen und bestimmt ferner, daß Schwefel als Kriegskontrebande zu gelten habe. Außerdem bildeten die Mittel zur Deckung der Kriegskosten und die Regelung der Verbindung mit Kuba und den Philippinen den Gegenstand der Beratungen.

Sowohl von amerikanischer wie von englischer Seite wird die Existenz eines englisch-amerikanischen Bündnisses dementirt. Der Korrespondent der „Times“ telegraphirt aus New-York, er sei nach Erkundigungen an erster Stelle ermächtigt zu sagen, daß nie und nimmer irgend welche Verhandlungen über eine Allianz zwischen England und den Vereinigten Staaten stattgefunden hätten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zusbruck, 31. Mai. (B. Z. B.) Der Banarbeiter-Ausstand ist beendet. Die Forderungen der Arbeiter wurden theilweise bewilligt. Die Arbeit wurde allgemein wieder aufgenommen.

Strasbourg i. El., 31. Mai. (B. Z. B.) Der sechste Kongreß der deutschen dermatologischen Gesellschaft, der vom 31. Mai bis 2. Juni hier tagt, wurde heute Vormittag hier eröffnet. Etwa 150 Professoren und Aerzte sind erschienen, darunter solche aus Oesterreich, aus der Schweiz, aus Holland, Italien und Rußland. Namens der Regierung begrüßte Unterrichtssekretär v. Schraut, namens der Stadt der Beigeordnete v. d. Goly die Erschienenen.

Weihaiwei, 30. Mai. (B. Z. B.) Prinz Heinrich von Preußen ist heute früh hier eingetroffen. Das deutsche Admiralgeschiff saluirte die britische Flagge. Der Prinz tauchte an Bord Vesuche mit den Spichen der Behörden aus, landete sodann und machte in Begleitung des Admirals Sir E. Seymour einen Rundgang durch die britische Befestigung.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs.

Linz, 29. Mai.

In dem festlich geschmückten Saale des Schabergerschen Saales in Urfahr bei Linz trat heute der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs zusammen. Auf dem sechsten Parteitage zu Wien im Jahre 1897 wurde die Organisation der Partei nach nationalen Gruppen beschloffen. Gesamtparteitage sollen nur alle zwei Jahre stattfinden. Dieser Parteitag ist ein ausschließlich deutscher. Anwesend sind etwa 150 Delegirte.

Um 1/10 Uhr eröffnete Popp-Wien die Verhandlungen im Auftrage der Parteivertretung. In seiner Ansprache hob er hervor, daß Oesterreich und Linz der Stammsitz der Merikalen sei, die jede fortschrittliche Entwicklung in Oesterreich zu hemmen suchen. Im Kampfe gegen den Ultramontanismus habe das Bürgerthum verlagert und in seiner Feigheit selbst seine stolze Schöpfung, das Reichs-Vollschulgesetz, dem Anstrome der Merikalen preisgegeben. Aber das Volk von Linz ist nicht Merikal, es hat im Vorjahre bei den Wahlen in der fünften Kurie ausschließlich sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Es ist ein Verdienst der Linzer Sozialdemokraten, wenn in der Hauptstadt des kaiserlichen Oesterreichs die revolutionäre Sozialdemokratie ihren Parteitag abhalten kann. (Lebhafte Beifall.)

In das Bureau des Parteitages wurden hierauf gewählt: Popp (Wien), Weigung und Reander (Linz), als Vorsitzende; Bonarsh (Wien), Schiller (Reichenberg) und Pichl (Graz) als Schriftführer.

Nachdem Krapfa (Wien) im Namen der Parteileitung der oesterreichischen Sozialdemokratie den Parteitag in einer oesterreichischen und deutschen Ansprache begrüßt hatte, erstattete Schumacher als Parteisekretär den Parteibericht. Unter den Exekutivkomitees der nationalen Gruppen herrscht das beste Einvernehmen; und die innere Organisation der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs hat in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht. Die Hauptthätigkeit des Vorjahres bildete der Kampf gegen Baden und gegen die Parteien, die ihn stützten. Die Lage der Niederlage Baden's sind der Stolz der Partei. (Lebhafte Beifall.) Nach der Zusammenstellung der Parteivertretung haben im letzten Jahr 1556 Volks- und 1498 Vereinsversammlungen stattgefunden; doch sind diese Zahlen nicht genau und zu niedrig. Auch die Presse hat einen starken Aufschwung genommen. Die Gesamtanfrage der 21 politischen Blätter beträgt ca. 125.000 Exemplare. Natürlich hat der Kampf auch Opfer gekostet, aber sie sind willig geleistet worden. Die Parteivertretung glaubt ihre Pflicht im vollen Umfange erfüllt zu haben. (Lebhafte Beifall.)

Der Parteisekretär Dr. Ellenbogen erstattete hierauf den Kassenerbericht. Eingegangen sind vom 1. Mai 1897 bis zum 1. Mai 1898 11.767 fl. 88 kr., denen Ausgaben in Höhe von 10.105 fl. 81 kr. gegenüberstehen. Die Parteikassensfrage bedarf dringend der Klärung. Nach kurzer Debatte, in der die Frage der Arbeiterinnen-Organisation gestreift wird, erteilt der Parteitag der Parteivertretung und dem Kassierer einstimmig Decharge.

Das Referat über den zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Parteitaktik, erstattet Dr. Adler: Wir haben ein Jahr hinter uns, das eine Fülle politischer Ereignisse und Erregungen brachte, wie nicht leicht ein gleicher Zeitraum österreichischer Geschichte. Während der letzte Parteitag in Wien tagte, veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung“ jenen Geheimlaß Baden's, der die Behörden informierte, wie sie Versammlungen zu behandeln hätten. Ein Jahr ist seit diesem Höhepunkt des wädrischen Regiments verfloßen. Die Partei besaß während dieser Zeit in ganz eigenthümlichen Verhältnissen. Was unsere Abgeordneten im Parlament gethan haben, ist durchaus das Produkt der vereinbarten Taktik mit der Gesamtvertretung der Partei. Als wir das letzte Mal beisammen waren, war die erste Periode der parlamentarischen Obstruktion beendet. Unsere Partei stand im heftigsten Kampfe gegen Baden zu einer Zeit, wo die bürgerlichen Parteien noch eine sehr liebenswürdige Haltung gegen diesen Mann beobachteten. Wir haben uns aber den wesentlichen Charakter der Regierung Baden's nicht einen Augenblick irreführen lassen, wir haben ihn von Anfang an als feudalen, Merikalen, mit allen Salben geschmierten politischen Kavalier betrachtet, als einen Feind des Volkes. Diese Erkenntnis ist den bürgerlichen Parteien erst erwachsen, als die Sprachenverordnungen gegeben waren. Von diesem Momente an kam auch das Bürgerthum in Bewegung, und das konnte an sich erstreckt sein. In Oesterreich leidet das Proletariat darunter, daß das Bürgerthum gelangt und verkauft ist. Es ist eingezwängt in der Angst vor oben und der Angst vor unten, es kriecht vor der Krone und möchte auf die arbeitenden Klassen drücken. Deshalb hat Oesterreich noch nicht einmal die Stufe eines europäischen Staates, die Herrschaft des Bürgerthums erreicht. Wir mühten es deshalb mit Freuden begrüßen, wenn es etwas an den Tag legt, das wie Muth, Entschlossenheit und Unbeglücktheit aussieht. (Sehr richtig.) Wir haben gar kein Interesse daran, daß unsere Gegner niedrige Menschen sind, daß das Bürgerthum schwächlich, unbrauchbar und kulturwidrig der Herrschaft der Feudalen preisgegeben ist. Wir wollen, daß Oesterreich ein modernes Land wird, und man konnte die Hoffnung hegen, daß aus der Erregung der deutsch-nationalen Bewegung etwas Vernünftiges nicht für uns, sondern für das Bürgerthum heraus kommen würde. Die prinzipielle Haltung der Sozialdemokratie gegenüber jeder Regierung kann nur diktiert sein von den Interessen des arbeitenden Volkes. Ich kann mir eine Regierung nicht vorstellen, mit der die Sozialdemokratie irgendwie zufrieden sein könnte. Wir machen den bürgerlichen Regierungen daraus natürlich keinen Vorwurf, daß sie die Geschäftsträger der bürgerlichen Klassen sind. Begreifen wir ja doch das Wesen aller geschichtlichen Entwicklung als einen Kampf der Klassen; wir können also von den Regierungen nicht verlangen, daß sie unsere Geschäfte besorgen. Wir müssen aber einen scharfen Unterschied machen in unserer Haltung gegen die verschiedenen Regierungen. In der Pfaffenstiege könnte ich mir ja eine österreichische Regierung vorstellen, die dem Gesamtinteresse aller Klassen in Oesterreich noch einem vernünftigen Fortschritt in der Kultur dient. Wenn aber eine Regierung reaktionär auf in dem Sinne ist, daß sie das Land zurückwärt auf Entwicklungsstufe, die bereits überwunden sind, wenn sie, wie die wädrische, die alten, nationalen Streit entfacht und dazu nicht nur ungeschickte, sondern direkt verwerfliche Mittel benutzt, wenn wir sie am Werke sehen, das Volk und seine Vertretung zu korrumpiren und das Land in den Zustand vollständiger Ohnmacht zu versetzen, dann ist es gerechtfertigt, eine solche Politik nicht als die Gesamtverantwortung der herrschenden Klassen, sondern als das Spezialverbrechen eines Baden zu betrachten. (Beifall.) Es war also notwendig, daß sich die Sozialdemokratie mit weit mehr Energie dem Baden gegenüber stellte, als jeder anderen bürgerlichen Regierung seither. Die Sache war nicht leicht. Wenn es sich bloß um Opposition handelte, um das Urtheil der Arbeiterklasse klar zu machen, wenn es bloß gütliche Verhandlungen um sich zu nehmen und Dinge zu verichten, zu denen Muth und Opferfreudigkeit gehört, dann ist die Sozialdemokratie zu allen Zeiten in der Lage, den Kampf sehr energisch und erfolgreich zu führen. Diesmal handelte es sich aber um mehr. Dadurch daß eine nationale Frage den Ausgangspunkt des Konflikts bildete, während wir eine internationale Partei sind und unsere Fraktion einen internationalen Verband bildet, entstand die Gefahr, daß nicht die Welt meinte, die Sozialdemokratie besorge die Geschäfte einer nationalen Gruppe in Oesterreich. (Sehr richtig.) Die Opposition von Schönerr über unsere lieben Liberalen bis zu den Christlich-Sozialen hinab nahm unsere Hilfe sehr gern an, sie stellte sogar das Anfinnen, daß wir ihren speziellen Partei- und Nationalzwecken dienen sollten. Ein Beweis, daß dieser Wunsch nie in Erfüllung gehen wird, daß wir ausschließlich internationale, proletarische Politik getrieben haben, ist, daß unser Verband im

Parlamente und die Masse der Genossen draußen von Eger bis Lemberg, von Aussig bis Triest in allen diesen Kämpfen geschlossen aufgetreten ist. (Bravo!) Wenn wir Ursache haben, uns als die einzige Partei zu bezeichnen, die wirkliche Zukunft hat, dann ist es die Thatsache, daß wir in diesen schweren nationalen Kämpfen, die viel Verlockendes auch für Arbeiter haben, eine brüderlich geeinte Partei gebildet haben. (Bravo!) Die Sozialdemokraten haben, solange es sich im Parlament um die Obstruktion gegen die Sprachenverordnungen handelte, eine abwartende, zusehende Haltung angenommen. Wir können die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, die nationalen Fragen zu ordnen, nur als ein Unglück für das Land betrachten. Wir können hierbei nicht vermitteln, können ihnen nicht helfen, diesen Streit auszufechten. Als sich aber zeigte, daß es sich im Parlamente um Dinge über die nationalen Fragen handelte, als Baden den Ausgleich mit Ungarn durchdrücken wollte, als durch eine Aenderung der Geschäftsordnung die parlamentarische Verfassung mit Füßen getreten wurde, da war die Rolle der Sozialdemokratie als Zuschauer vorüber, da war es geboten für sie in die Aktion zu treten. Daß es mit Erfolg und Energie geschehen ist, darüber brauche ich keine Worte zu verlieren. Die Sozialdemokraten haben mehr geleistet, als alle bürgerlichen Parteien zusammen. (Bravo!) War doch die gesamte bürgerliche Opposition dem Antrag Falkenhayn gegenüber entschlossen — zum Verlesen von Protesterklärungen und zum Verlassen des Hauses unter Protest. (Weiterkeit.) Das hätten wir von unseren Abgeordneten nicht begriffen. Wir erwarteten von unseren Abgeordneten, daß sie dem Lande und ganz Europa zeigten, hier ist ein Verbrechen begangen worden, die Bande des Parlaments sind durchbrochen, die Geselligkeit ist vernichtet und nicht mehr eine gesetzliche Vertretung, sondern nur noch eine Horde von Hebelhauern ist vorhanden. (Bravo!) Um der Welt zu zeigen, daß die Revolution von oben da sei, wurde das Präsidium des Parlaments von den Sozialdemokraten zur Thür hinausgeworfen. (Bravo!) Unsere Gegner nennen das Katastrophal. Es ist alles weniger als das. Es giebt keine Partei, die in ihren eigenen Reihen so streng auf die Erfüllung des Gesetzes hält, als wir. Wir kennen die Grenzen unserer Macht sehr genau und es fällt uns nicht ein, an die rothe Gewalt zu appelliren. Was geschah, war nothwendig zur Wahrung des Gesetzes und der Verfassung. Sie kennen die Szenen im Parlament. Wer sie mit erlebt hat, dem werden sie unvergänglich bleiben. Er wird nie mehr dulden, daß unsere reaktionären Gegner uns vorwerfen, wir seien die Partei des Umsturzes und sie die Schlichter der Ordnung. Diese Schlichter der Ordnung sind die ersten, jedes Gesetz, jede Ordnung, jedes Recht zu durchbrechen. Wie haben sie ja am Werke gezeihen. Wenn die Sozialdemokratie am 28. November nicht bloß in Wien, sondern in ganz Oesterreich auf die Straße gestiegen ist, so wurde damit ausgesprochen, daß wenn nicht die Gewalt von oben eingedämmt wird, die Gewalt von unten, nicht weil sie will, sondern weil sie muß, einschreiten wird. Wir haben am 28. November in der That in einer revolutionären Bewegung gestanden. Nun, Baden ist verschwunden. (Jurauf: Leibel! Weiterkeit.) Der Genosse meint, unsere Gegner mühten möglichst dumm und schlecht sein. Ich weiß nicht, ob die gegenwärtige Regierung allen Wünschen unseres Genossen entspricht. (Stürmische Weiterkeit), ein besonderes Maas von Einsicht wird er aber gewiß bei ihr nicht entdeden. Den neuen Verhältnissen gegenüber mühte die Haltung der Sozialdemokratie eine andere sein. An die Stelle der wädrischen sind die Gauchischen Sprachenverordnungen getreten, und die Regierung hat ausdrücklich erklärt, daß sie provisorisch seien. Die Deutsch-Rationalen meinen, die Verordnungen seien ebenso schlecht wie die alten, und haben die Obstruktion fortgesetzt. Wir konnten nicht auf diesem Standpunkt bleiben. Die Regierung des Grafen Thun ist wirklich in einer schweren Lage. Wenn dem Manne etwas einfiel, wie er Ordnung schaffen könnte, würde er es thun. (Weiterkeit.) Er möchte Frieden stiften, obwohl die Rolle des Feudaladels, dem er angehört, nie die des Friedensstifters war. Was Graf Thun will, ist, sein Unglück mit Anstand tragen. (Weiterkeit.) Er sucht sich hinüberzuretzen über das Jubiläumjahr. Es ist ja sehr unangenehm, daß Oesterreich heute noch die Aufgaben nicht gelöst hat, die vor 50 Jahren nicht gelöst wurden, daß sich zu diesem Jubiläum gerade der vollständige Bankrott der österreichischen Regierungspolitik herausstellt. Man möchte das gern verhehlen. Die Regierung möchte zeigen, daß sie den besten Willen hat, anständig zu regieren, wenn die Gesetzgebung nur wieder in Gang käme und eine geordnete Verwaltung möglich wäre. Man sieht das an einer Reihe kleiner Dinge, die auch uns betreffen. So ist uns von Offiziellen die Aufhebung des Zeitungstempels versprochen worden; die Beamten sollen höhere Gehälter erhalten, kurz, die Regierung möchte uns listern machen nach einer geordneten Gesetzgebung. Das kann aber bei der Arbeiterklasse nicht verfangen. Wir bebauern die Räumung der Gesetzgebung; wir wissen aber, wenn die parlamentarische Mühle wieder in Gang kommt, dann werden ihre Produkte nicht näherndes Mehl für die arbeitende Klasse sein, sondern nur eine Reihe von Gesetzen, die eine schärfere Ausbeutung des Volkes durch indirekte Steuern herbeiführen würden. Die Herren möchten die Schraube an die Volkskraft ansetzen und mit größerer Ergiebigkeit noch die Quelle fließen lassen, aus der der Militarismus gespeist wird. (Sehr richtig!) Die Beratungen der Delegationen in Prag haben gezeigt, wie absolut ohnmächtig das österreichische Volk in der Beeinflussung der auswärtigen Politik ist, mit Ausnahme einer Handvoll österreichischer Kavaliers, die die auswärtige Politik machen und das Privilegium besitzen, die Schlachten zu verlieren, die sich daran knüpfen. (Weiterkeit.) Von uns ist gesagt worden, die revolutionären Sozialdemokraten seien in Wahrheit die einzige österreichische Partei eines Oesterreichs, in dem die Völker auch wirklich leben können, und wir haben der Welt gezeigt, daß wir die Formen und Wege zu diesem Ziele zu finden wissen. Eine I. L. österreichische Partei sind wir nicht. Die I. L. österreichische Partei, der Staatsgebäude überhaupt ist der Gedanke der alten Bürokratie von Metternich her, der Gedanke der Weberschönung Oesterreichs durch die deutsche Bürokratie. Wir vertreten ein neues Oesterreich, welche staatlichen Formen auch immer die Völker dieses Landes verbinden werden, neben einander werden diese Völker leben müssen. Sie müssen aber auf diesem Boden als freie Völker leben oder sie verumfluchen und gehen zu grunde. (Bravo!) Leider ist keine Aussicht, daß sich österreichische Staatsmänner zu dieser sozialdemokratischen Auffassung belehren werden. (Weiterkeit.)

Redner bepricht die vorliegenden Anträge und wendet sich gegen einen aus Karlsbad, der eine schärfere Belämpfung der Deutsch-Rationalen besonders in der „Arbeiter-Zg.“ fordert. Die Annahme dieses Antrages wäre eine Anklage gegen die Parteivertretung. Die Deutsch-Rationalen sind zwar wirtschaftlich eine Partei des Ausbeuterthums, in Fragen der politischen Freiheit spielen sie aber doch eine andere Rolle als die Christlich-Sozialen. Dr. Adler beantragt, daß der Parteitag über diesen Antrag zur Tagesordnung übergeht und die politische Haltung und Taktik des parlamentarischen Verbandes, der Parteivertretung und des Zentralorgans billigt. Redner schließt: „Der heisse Kampf hat aufgehört, aber trauen Sie dem Landstrichen nicht. Thun weiß nicht, was er will; gerade deshalb kann es abwärts und in die Verwirrung gehen. Die Auflösung des Grazer Gemeinderaths kann schwere politische Konsequenzen haben. Wir sind auf alles gefaßt. Bleibt es ruhig, dann bauen wir unsere Organisation aus, wird es heiß, dann wird die Sozialdemokratie ihren Mann stellen! (Lebhafte Beifall.)

Parlament nicht arbeitsfähig machen, denn dann beginnt die Obstruktion der Czechen. Ende Juni läuft das Budgetprovisorium ab. Die Regierung muß dann wieder den Reichsrath vertragen, um ein neues Provisorium publikiren zu können. So geht es nicht weiter, das System ist nicht haltbar.

Zu der Debatte trat im allgemeinen Uebereinstimmung mit dem Ausführungen des Dr. Adler hervor. Gefordert wurde ein schärferer Kampf ums gleiche Wahlrecht und eine populäre Darstellung der Betriebszollfrage. — In seinem Schlussworte gedachte Dr. Adler der Verfolgungen, denen die ungarischen Arbeiter ausgesetzt sind, und drückte ebenso den Parteigenossen Italiens die herzlichste Sympathie und die brüderliche Solidarität der Partei aus. (Stürmischer Beifall.) Der Antrag Adler wurde gegen 6 Stimmen angenommen. Damit schließt die heutige Sitzung.

Partei-Nachrichten.

Aus Solingen. Der bisherige Abgeordnete Schumacher hat im Inseratentheil des „Solinger Kreisblatts“ eine „Erklärung“ veröffentlicht, worin er sich gegen den Vorwurf des Parteivorstandes, daß Schumacher vor der Bezahlung der Schulden seines Blattes, der „Solinger Freien Presse“, für das bekannte Abkommen mit der Gezeugrichtung, einschließlich seines Verzichtes auf die Kandidatur, eingetreten, nach der Bezahlung aber ungesattelt ist, damit zu rechtfertigen sucht, daß für die Schulden nicht er allein, sondern noch andere solvente Leute aufzukommen gehabt hätten.

Der Vorwurf des Parteivorstandes wird durch diesen Einwand aber nicht entkräftet, denn die „Solinger Freie Presse“ war im Kern der Sache eine persönliche Schöpfung Schumacher's, die den Zweck hatte, ihm seinen Einfluß auf die Wähler Solingens zu erhalten. Sich auf die Personen zu berufen, die für sein Blatt mit gut gefaßt haben, das ist ebenso wenig ritterlich, als es mit der Ehre eines Mannes vereinbart werden kann, ein feierlich gegebenes Wort zu brechen. Auch für die Politik sind Treu und Glauben kein überflüssiges Möbel.

Todtenliste der Partei.

Zu Duisburg starb im Alter von 65 Jahren der Schumacher Kaspar Krombach, der seit Lassalle's Zeit treu und eifrig für die Sozialdemokratie gewirkt hat. Ehre seinem Andenken!

Politisches, Gerichtliches etc.

Der verantwortliche Redakteur der „Medlenburgischen Volkszeitung“ in Rostock, Genosse Staroff, wurde auf Beschluß des Landgerichts am Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, in den Redaktionsräumlichkeiten verhaftet. Die „Medlenburgische Volkszeitung“ war einige Tage vorher wegen angeblicher Majestätsbeleidigung konfisziert worden.

Wegen fahrlässiger Beleidigung des Amtsvorstehers Wienig aus Homburg bei Barmstedt wurde der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, Genosse Alex. Lütjens, vom Landgericht in Kiel zu 50 R. Geldstrafe oder 5 Tagen Gefängniß verurtheilt. Auf die üblichen Nebenstrafen wurde nicht erkannt, weil eine direkte Beleidigung des Amtsvorstehers seitens des Angeklagten nicht vorlag. Es handelte sich um eine irrtümliche Notiz, die der Redakteur, als eine dieselbe widerrufende Nachricht eingetroffen war, noch während des Druckes der Zeitung aus dem Text des Blattes entfernt hatte, so daß sie nur in einem Theile der Auflage erschien, und zwar nur in solchen Exemplaren, die bereits vor dem Eintreffen des Widerrufs verandt waren. Eine Berichtigung, die der Amtsvorsteher einsandte, ist selbstverständlich sofort gebracht worden. Damit hätte sich der Amtsvorsteher begnügen sollen. Der Redakteur hat doch wahrhaftig loyal genug gehandelt.

Der 13. ordentliche Verbandstag der deutschen Gewerksvereine.

In Magdeburg begann am zweiten Pfingstfeiertage die Tagung des 13. ordentlichen Verbandstages der deutschen Gewerksvereine, zu dem außer verschiedenen Zentralraths-Mitgliedern 41 Delegirte erschienen sind, die 85.000 Verbandsmitglieder vertreten.

Der erste Hauptverhandlungstag brachte zunächst den Bericht des Verbandsanwalts Dr. Max Dirich über die Thätigkeit und Entwicklung der Gewerksvereine und des Verbandes seit dem letzten Verbandstage. Redner weist darauf hin, daß der Verband der Gewerksvereine nach außen hin verschiedenlich verfaßt habe, auf die Gesetzgebung und Verwaltung einzuwirken, so z. B. durch eine Massenpetition gegen verschiedene Gärten der Unfallversicherung-Novelle von 1896. Weitere Petitionen betrafen die Durchführung und Verbesserung des gesetzlichen Arbeiterschutzes in privaten und Staatsbetrieben, die aber seitens der Staatsbehörden nicht immer das gewünschte Entgegenkommen fanden. Er wendet sich ferner gegen die wiederholten Angriffe auf die angeblich zahnlosen Gewerksvereine und konstatirt, daß diese Organisation immer am Platze war, wo es galt, für Freiheit und Recht der Arbeiter einzutreten. Daneben habe man Verbindungen angeknüpft mit auswärtigen Berufsvereinen, hauptsächlich in England und Belgien, und siehe zu hoffen, daß in nicht allzu fernem Zeit der Gedanke an einen internationalen Gewerksvereins-Kongreß verwirklicht werde. Mit Befriedigung sei die Thatsache zu registriren, daß die deutschen Gewerksvereine in den letzten Jahren einen Zuwachs von 24.000 Mitgliedern zu verzeichnen hätten. (Lebhafte Beifall.)

Zu der Sitzung am Dienstag sind u. a. Begrüßungsschreiben eingegangen von: Dr. Bödiker, Rottenburg, Freiherrn v. Verlepsi, v. Kehler, Polizeipräsident, v. Vöttcher, Staatsminister a. D. Professor Dr. Loy von der Universität München hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: Das Interesse der Arbeiter an der Handels- und Zollpolitik.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Arbeiterinnen Berlins! Mit Nachstehendem erlauben sich die Unterzeichneten auf folgendes aufmerksam zu machen. Die Gewerbe-Ordnung enthält gesetzliche Bestimmungen, welche die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter schützen sollen gegen die Ausbeutung durch den Arbeitgeber. Es sind Bestimmungen getroffen über: Dauer der Arbeitszeit, Schluß der Arbeitszeit am Sonnabend, Beschäftigung von Minderjährigen, Kündigung und Gründe für Entlassungen, Ausstellung von Zeugnissen, Strafzettel und andere Lohnabzüge, Hygienische und sanitäre Saubermahregeln, Angedehnte Arbeitsräume, Ankleideräume, Waschvorrichtungen und getrennte Aborte, Unfittliche Angriffe der Arbeitgeber, Beschwerderecht.

Trotz dieser durch die Gewerbe-Ordnung getroffenen Bestimmungen sind die Arbeiterinnen wenig geschützt, weil ihnen diese zumest gänzlich unbekannt sind.

Um Ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich über die einschlägigen Bestimmungen und Gesetzesvorschriften eingehend zu informieren und Ihnen Gelegenheit zu geben, mit Personen, denen Sie vertrauen können, in Verbindung zu treten, geben wir Ihnen nachfolgende Adressen bekannt. Die unten genannten Personen sind gern bereit, Beschwerden über Mißstände in Fabriken und Werkstätten, besonders wo dieselben sittlichen und moralischen Charakters sind, entgegen zu nehmen. Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten.

Arbeiterinnen! Es gilt, die wenigen Schutzmaßregeln, welche für Euch erlassen sind, in Anspruch zu nehmen; denn dieselben sind solange nur todte Buchstaben, bis Ihr ihnen Geltung

Verpflicht. An Euch ist es, die Unternehmer zu veranlassen, die Arbeiterbeschäftigung zur Durchführung zu bringen.

Frau Schneider, Hochstr. 29 I.; Frau Rohrad, Große Frankfurterstr. 75 Quergeb. III.; Fel. Gaaber, Straußbergerstraße 28 u. IV.; Fel. Gause, Alexanderstr. 15 u. IV.; Frau Ziede, Uckerstr. 36 III.; Frau Zieg, Pottsdamerstr. 7; Frau Baufisch, Mathenoverstr. 67 Hof II.; Frau Mesch, Zehnerstraße 3 IV., jeden Freitag Abend 7—9 Uhr.

Abd. Millarg, Gewerkschaftsbureau, Amnenstr. 16 I., alle Wochentage von 9—1 und 6—8 Uhr.

Deutsches Reich.

Auf der „Königin Luise“-Grube in Oberschlesien streiken 600 Mann. Diese Grube ist kolossal, sie ist zugleich die größte in Oberschlesien (Belegschaft 8000). Ursache des Streiks ist, daß der Direktor Meun die Forderung der Arbeiter, den Lohn zu erhöhen, rundweg ablehnt. Wenn die Verwaltung auf ihrem schon abgelehnten Standpunkt verharrt, kann der Streik zu sehr unangenehmen Folgen führen. Die Schuld daran fielen aber lediglich auf die Verwaltung. Deshalb will sie nicht einmal mit den Ausschüßigen unterhandeln? Sie verlangt nämlich vor dem Eintreten in Unterhandlungen bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Hand Schuhmacher in Haynau haben durch gütliche Vereinbarung mit den Fabrikanten einen Lohnzettel zur Einführung gebracht, der eine Erhöhung der Löhne von 5 bis 10 pCt. festlegt.

Im Viehberger Ausstand werden von Herrn Brust Einigungsversuche unternommen. In einem Schreiben an den Direktor des Werkes, Haarmann, heißt es unter anderem: „Die Wasser des Bergwerks am Viehberg können dann bewältigt werden, wenn die in Aussicht genommenen Pumpen eingebaut sind. Wie ich seinerzeit erfahren habe, dürfte die erste neue Pumpe mit Oktober dieses Jahres und die zweite Pumpe mit Mai nächsten Jahres eingebaut sein. Somit wäre mit Mai nächsten Jahres der Zeitpunkt gekommen, wo man den Arbeitern die Feiertage freigegeben könnte. Auch glaube ich, daß die Arbeiter, wenn man ihnen die alten Anwartschaftsrechte wieder zuerkennt und jeder an seinem Betriebspunkte wieder beschäftigt wird, bereit sein werden, bis Mai nächsten Jahres an den in Frage stehenden Feiertagen in der angeordneten Weise zu arbeiten. Damit würde dann eine Verständigung erzielt werden. Da der Herr Minister für Handel und Gewerbe sagte, daß „auf Grund mündlicher Erklärung seitens der Verwaltung des Werkes die Arbeiter wieder angenommen werden und man bezüglich aller der Nachteile, welche aus ihrem Vorgehen ihnen statuten- und reglementmäßig erwachsen, gern bereit ist, Milderung und Nachsicht zu üben, so gebe ich mich der Hoffnung hin, daß Ew. Hochwohlgeboren meine Vermittlungsvorschläge entgegennehmen und akzeptieren werden. Diese gehen dahin, daß 1. vom Mai n. J. ab von der Arbeit an den in Frage stehenden Feiertagen Abstand genommen wird; 2. den Arbeitern ihre früheren Anwartschaftsrechte zuerkannt werden und 3. alle Arbeiter wieder an dem früher innegehabten Betriebspunkte beschäftigt werden. Hierzu käme dann, daß diejenigen Arbeiter, welche zur Zeit schon anderweitig in Arbeit sind und sich kündigen müßten, auch nachher noch angenommen werden. Schließlich erklärt Herr Brust sich bereit, die von einem Arbeiter der Georg-Marien-Hütte gegen das Werk angelegte Klage zurückziehen zu lassen und event. mündlich mit dem Generaldirektor zu verhandeln.“

Ausland.

Aus Triest wird vom 28. Mai berichtet: Zweihundert Arbeiter und Arbeiterinnen der Papierfabrik in Piedimonte bei Görz streiken; sie fordern höhere Löhne und eine bessere Behandlung seitens des technischen Leiters der Fabrik.

Zum Kohlenarbeiter-Ausstand in Süd-Wales wird der „Frank. Ztg.“ geschrieben: Die Arbeiterdelegierten sind auf ihrer Konferenz vom 26. Mai in Cardiff zu einem Beschlusse gekommen, welcher die Beendigung des Streikes näher zu rücken scheint. Die gestrige Konferenz war kleiner als die vorhergehenden, nur 180 Delegierte waren anwesend gegen 190 sonst, weil die Vertreter der nicht zum Unternehmer-Verbande gehörigen Gruben fortgeblieben waren. Der Abgeordnete W. Abraham wurde zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt. Zuerst wurden die Beschlüsse der letzten Konferenz aufgehoben, dann wurde eine Resolution gefaßt, wonach in Zukunft bei den Unterhandlungen mit den Unternehmern nur Delegierte der zum Unternehmer-Verbande gehörigen Gruben sich beteiligen sollten. Zuletzt kam es zur Abstimmung über die wichtige Frage, ob das provisorische Komitee allein Vollmacht bekommen solle, mit den Unternehmern zu verhandeln, oder ob demselben je ein Delegierter jeder einzelnen Grube beigegeben werden solle. Die erste Frage wurde von 61 1/2 der vertretenen Stimmen bejaht, während für den letzteren Antrag nur 39 7/8 Stimmen waren. Das provisorische Komitee hat aber jetzt mit großer Majorität Vollmacht zugesprochen erhalten. — In Perthys Lybuid kam es gestern zu einem Praxial der streikenden Kohlenarbeiter, weil zwei oder drei derselben wegen rückständiger Miete die Wöbel in Beschlag genommen wurden. Einige tausend Mann demonstrierten dagegen, Fenster wurden eingeworfen und die Polizei stellte erst mit einiger Mühe die Ruhe wieder her. — Die „Miners Federation“ von Großbritannien hielt gestern in Manchester eine Delegiertenversammlung ab, um die Lohnfrage zu diskutieren. Auf einer vor 14 Tagen in London abgehaltenen Konferenz hatte die „Miners-Federation“ beschlossene, die Forderung einer 10prozentigen Lohnerhöhung dem Ausschusse der Kohlenrubenbesitzer vorzulegen. Letztere haben über diese Forderung auf verschiedenen Konferenzen diskutiert, aber eine formelle Antwort hat die „Miners-Federation“ nicht erhalten. Gestern wurde nun beschlossen, den Ausschuss der Rubenbesitzer um eine mündliche Unterredung zu ersuchen, um dadurch eine Antwort auf die Forderung zu bekommen. Inzwischen soll unter den zur „Federation“ gehörigen Arbeitern darüber abgestimmt werden, ob sie willens sind, die Forderung der 10prozentigen Lohnerhöhung eventuell durchzusetzen. Die gestrige Konferenz fand unter dem Vorsitz des Abgeordneten W. Piddar statt, der Abgeordnete Sam Woods war zweiter Vorsitzender. 42 Delegierte waren anwesend, die zusammen 308 8/22 Stimmen vertraten.

Soziales.

Arbeiter-Risiko. Außer auf Neubauten ereignen sich auffällig viele Unglücksfälle noch während des Abtragens alter Häuser. So ist jetzt beim Abruch des alten Schulhauses in Arnoldsdorf bei Briesen in Westpreußen unvermutet ein Giebel eingestürzt, wodurch ein Arbeiter erschlagen und ein anderer schwer verletzt wurde.

Von den auf Zehn „Rollern“ verunglückten 44 Vergleuten waren 33 verheiratet, 10 unverheiratet, einer lebte infolge mütterlicher Erbfolge. An einmahligen Kosten für die Beerdigung sind von der Berufsgenossenschaft 3475 M. angewiesen worden. Die Wittwen erhalten zusammen eine Jahresrente von 6705 M., die 89 rentenberechtigten Kinder 19 238 M. Die Jahresrente, die auf eine Wittwe mit einem Kind kommt, beläuft sich auf etwa 790 M.

Die Unterstützung der Hinterlassenen der Vergleute ist gewiß nur dürftig, immerhin kommt eine bedeutende Summe heraus, die aller Wahrscheinlichkeit nach gepart worden wäre, wenn damals schon die Arbeiter an der Grubeninspektion durch von ihnen gewählte Hilfskontrolloren betheiligt gewesen wären.

Eine Versammlung der Besitzer des Berg-Gewerbegerichts für den Ober-Bergamtsbezirk Dortmund, die kürzlich in Bochum abgehalten wurde, nahm einen Antrag an, wonach die zuständige Behörde ersucht werden soll, „ein Gutachten des Berg-Gewerbegerichts einzufordern über Anstellung von Grubenkontrolloren (Delegierten) aus praktisch erfahrenen Vergleuten zur Verhütung von Unfällen auf den Gruben.“

Als Punkte, die der täglichen Kontrolle dringend bedürfen, wurden bezeichnet: 1. die Ueberfüllung der Förderlöcher bei der

Seifahrt; 2. die Badevorrichtungen; 3. die Schließung der Barrieren an den Bremsbergen, Schächten u. s. w.; 4. die Wetterführung; 5. die Abbaustellen in den Pfeilern und Strecken; 6. die der Wetter-Kontrolle unterstellten Wetterstrecken, Ueberhänge, Wettermessung und Wetterkontrolloren; 7. die Schächthäuser im allgemeinen und in solchen Betriebspunkten, wo eine höhere Temperatur vorhanden ist, sowie die Handhabung sämtlicher bergpolizeilicher Vorschriften.

Ueber die Wahl und Anstellung von Kontrolloren soll das Gesetz über die Einführung von Berg-Gewerbegerichten maßgebend sein, mit dem Zusatz, daß es einerlei ist, ob der Gewählte den im Wahlbezirk bestehenden Belegschaften angehört oder nicht. Ferner soll der Kontrollor dem Revierbeamten unterstellt sein, und das tgl. Oberbergamt soll über seinen Bezirk zu bestimmen haben. Die Besoldung soll die Staatsregierung tragen. Aber auch die Wähler sollen eine Kontrolle über den Gewählten ausüben, bezagt, daß ein Kontrollor, der seine Schuldigkeit nicht thut, auf Grund eines Antrags und einer genauen Untersuchung seitens des Bergamtes seines Amtes entbunden werden kann. Der Kontrollor hätte täglich, ob bei Tag oder bei Nacht, seine Kontrolle auszuüben, jedoch soll ihm seine Aufsichtsbehörde nicht länger als 8 Stunden pro Tag zumuthen. Ueber die Kontrolle soll der Kontrollor auf der Grube ein genaues Buch führen und etwaige Befunde in den einzelnen Betriebspunkten sofort dem Revierbeamten anzeigen.

Man sieht, die Vergleute lassen es an sachverständigen Rathschlägen, wie den Unglücksfällen im Betriebe mit bestem Erfolge als bisher vorzubeugen sei, nicht fehlen. Aber der Prophet gilt nicht in seinem Vaterlande. Der Minister Drefeld muß erst das **Ausland** — Belgien, Frankreich, England — hören, ob sich dort die Vertheiligung der Vergleute an der staatlichen Grubenaufsicht bewährt hat oder nicht, und es wird nun zunächst auf den Bericht ankommen, den die dorthin gesandten Vergleute dem Minister erstatten.

Ein Arbeitsvermittlungsbureau wird auch in Wien errichtet. Es tritt am 1. September d. J. in Wirksamkeit und hat außer der Arbeitsvermittlung für alle Berufe, ausgenommen vorläufig den häuslichen Dienst, noch zur Aufgabe die Veranstaltung und Verbesserung von Statistiken über den Arbeitsmarkt und über sonstige in sein Bereich fallende Verhältnisse des Wirtschaftslebens der Stadt Wien. Das Arbeitsamt ist dem Magistrat unmittelbar untergeordnet; auf dessen Vorschlag ernannt der Stadtrath — d. i. ein ständiger Ausschuss des Gemeinderaths — die Beamten und Diener des Arbeitsvermittlungsbureaus. Die Gemeindeverwaltung der österreichischen Hauptstadt ist beauftragt, in den Händen der Antisemiten. Es liegt selbstverständlich nicht im Interesse dieser berathigten Klasse, den Arbeitern einen bestimmenden Einfluß auf die Verwaltung der neuen Institution einzuräumen, wozu man sich in einer beträchtlichen Anzahl von Städten des deutschen Reiches verstanden hat.

Kommunales.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Magistratsvorlage wegen anderweitiger Beschäftigung der Dienstgehälter für verschiedene Beamtenkategorien, welcher heute unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers Stellvertreters Michalek und in Anwesenheit des Oberbürgermeisters Jelle und des Stadtsyndikus Weise tagte, ist in eine materielle Beratung der Vorlage nicht eingetreten, hat vielmehr beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, ihn zunächst die Protokolle der gewissen Deputation für verschiedene das Bureaupersonal betreffende Fragen, sowie eine Uebersicht sämtlicher Kategorien der im Verwaltungs-Bureau oder technischen Dienst der Stadt beschäftigten Personen, die nicht lebenslanglich und mit Pensionsberechtigung angestellt sind, unter Angabe der zu jeder Kategorie gehörenden Anzahl der Personen, der Kündigungs- und event. Ruhegeldverhältnisse derselben vorzulegen. — Der Ausschuss ersucht ferner den Magistrat, um Auskunft einzufordern über den Stand der Hilfsarbeiterfrage, namentlich über die Anstellung derselben als Gemeindebeamte.

Lokales.

Parteiöffentliche Wahlversammlung. Der Reichstagslandbau für den dritten Wahlkreis, Genosse Wolfgang Heinz, spricht heute Abend bei Stabernad, Inselstr. 10, über die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie. — In Paulow, Uckerstr. 102 bei Ebersbach, hält Genosse Paul Singer über die Reichstagswahlen einen Vortrag. Parteigenossen, agitiert für zahlreiche Besuch der Wahlversammlungen!

Berliner Brotpreise. Im April 1896 (bez. 1897, 1898, 1899) war, nach den Ermittlungen des Berliner statistischen Amtes, der Durchschnittspreis für 1 Kilogramm Roggenbrot 24/10 (21/10, 20/10, 20/10) Pfennig, für 1 Kilogramm Weizenbrot, d. h. Schrippen 42/10 (36/10, 35/10, 34/10) Pfennig. Für 50 Pfennig bekam man im Durchschnitt 2009 (2320, 2413, 2488) Gramm Roggenbrot, 1188 (1871, 1407, 1453) Gramm Weizenbrot. — Die Wohlhabenden werden von dieser fortschreitenden Verengung des Brotpreises bisher kaum etwas gemerkt haben; denn für sie ist das Brot kein Hauptnahrungsmittel. Für die Unbemittelten aber, bei denen das Brot einen wichtigen Bestandteil des täglichen Verbrauchs bildet, macht sich die aus obigen Zahlen ersichtliche, namentlich in der letzten Zeit sehr bedeutend gewordene Gewichtsverminderung aberaus fühlbar. Wie fühlbar sie heute bereits ist, darüber könnten die Arbeiterfrauen, die Frauen der kleinen Handwerker, der lang besoldeten Unterbeamten auch ohne Kenntniss der amtlichen Ermittlungen aus eigener Erfahrung Auskunft geben. Um sich die Wirkung der Brotpreiserhöhung auf die Lebenshaltung der ärmeren Bevölkerung zu veranschaulichen, denke man sich eine viellothpige Familie, die täglich ein ganzes Künzgrochenbrot, also wöchentlich sieben Brote braucht. Dieselbe Menge Brot, die man im April 1895 in 7 Künzgrochenbrot pro Woche bekam, bekam man im April 1896 in etwa 7 1/4, 1897 in 7 1/2, 1898 aber erst in 8 1/2 Künzgrochenbrot pro Woche. Leider ist eine theilweise Ersetzung des Brotes durch Nahrung anderer Art in diesem Jahre sehr erspürbar, da auch die meisten anderen Nahrungsmittel, besonders auch die Kartoffeln, erheblich theurer als im vorigen Jahre geworden sind, — zum Theil unter dem Einfluß des Steigens der Brotpreise. Diesen Zustand der Brotpreiserhöhung, unter dem die Familie des kleinen Beamten, des Handwerkers und Arbeiters schwer leidet, der die ohnedies bedürftige Lebenshaltung der ärmeren Bevölkerung noch mehr herabdrückt, möchten die Junken und ihr unter der Maske der „Vollfreundschaft“ auftretender Anhang — im eigenen Interesse und zum Schaden der konsumierenden Bevölkerung — dauernd erhalten! Sie rechnen dabei sogar, dreist und gottesfürchtig, auf Unterstützung gerade aus denjenigen Bevölkerungsschichten, denen sie — wenn sie es mit ihrer Hülfe zu einer Wehrzeit in dem neuen Reichstage brächten — die Taschen zu leeren beabsichtigen.

Ausschluss der Oeffentlichkeit vor dem Reichs-Ver sicherungsamt als Mittel gegen die Presse. Herr Dr. Wöbker, der frühere Präsident des Reichs-Ver sicherungsamtes, hat seinerzeit infolge einiger Artikel im „Vorwärts“ an sämtliche Senatsvorsitzenden des Reichs die selbstverständliche Anordnung ergoßen lassen, daß die öffentlich verhandelten Spruchfälle in den höchsten Verhandlungen zimmern zu beraten seien, auch wenn nur eine Person sich am Verhandlungssaal aufhalte. In jenen Artikeln, die dieser Anordnung veranlassen, war gerügt worden, daß einzelne Vorsitzende die Vertreter der Presse für die Zeit der Beratung aus dem Verhandlungssaal ausgrenzen hatten, bloß weil es den Herren Richtern aus Bequemlichkeitsgründen nicht passte, sich erst in das Beratungszimmer zurückzuziehen. Jetzt, nachdem Herr Wöbker den Dr. Wöbker in der Präsidenschaft abgelöst hat, scheinen die Richter die Zeit für ge-

kommen zu halten, ihr „Recht auf Bequemlichkeit“ wieder geltend zu machen. Herr Graf hat einen vor etwa drei Jahren gegen unsere Berichterstatter angewandten Brauch legitim wiederholt und einfach nach dem Vorzuge einer Unfallhase einen Vertreter der Presse mit der Bemerkung hinausgeschickt: Die Oeffentlichkeit wird ausgeschlossen. Wohlgerügt: Für die Beratung schließt der Mann die Oeffentlichkeit aus. Abgesehen von anderem bedeutet dies Verfahren eine Vereinträchtigung der Oeffentlichkeit des Spruchverfahrens vor dem Reichs-Ver sicherungsamt überhaupt. Der Berichterstatter kam die bei der Schnelligkeit des Vortrages oft durchaus notwendige Vervollständigung seiner Notizen nicht vornehmen; er muß rennen, damit er schnell genug hinauskommt. Kaum erscheint er wieder im Thürsaal, so beginnt schon die Publikation des Urtheils, und er kann nicht alles genau notiren, was bei der häufig mangelhaften Urtheilsverfertigung vielfach ebenfalls nochwendig ist im Interesse einer richtigen Berichtserstattung. Noch vielmehr ließe sich in dieser Beziehung anführen. Durchschlagend dürfte aber vor allem sein, daß das Vorgehen des Herrn Graf überhaupt geschwehndig ist. Die kaiserliche Verordnung vom 5. August 1885 bestimmt, daß die Oeffentlichkeit für die mündliche Verhandlung ausgeschlossen werden kann „durch einen öffentlich zu verlesenden Beschluß, wenn es das Reichs-Ver sicherungsamt aus Gründen des öffentlichen Wohls oder der Sittlichkeit für angemessen erachtet“. Keine dieser Voraussetzungen trifft hier zu. Wir erwarten von Herrn Wöbker, daß er gleich seinem Vorgänger die vorstehenden Rätze richtig instruiert wird.

Moderne Weltgeschichte. Die ununterbrochene Kette von Jubel- und Trauer, die das patriotische Deutschland seit zehn Jahren umkränzt, wird in 14 Tagen um ein neues goldglänzendes Glied vermehrt. Natürlich sind damit nicht die Reichstagswahlen gemeint, die nach aller patriotischen Befürchtung leider den Vermuthstropfen im staatsverhaltenden Freudenbech bilden dürften: Ein Grund mehr, das gegenwärtige Wahlrecht abzuschaffen. Was den reichs- und preußentreuern Staatsbürger in Wäde erwartet, wird durch das Deutsche Verlagshaus Bong u. Co., Fernsprecher Amt VI, Nr. 138, kund und zu wissen gehen. Man höre:

Ein Wohlgeborener!

Am 15. Juni d. J. wird Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. die ersten zehn Jahre seiner Regierung zurückgelegt haben. Zu diesem bedeutungsvollen Zeitabschnitt geben wir das in ansehnlichem Prospekt gezeichnete Werk heraus, zu dessen Bearbeitung sich eine Anzahl gelehrter sachkundiger und persönlich unerräter Männer vereint hat. Dadurch und weil unser Werk durch Erschließung der Quellen, durch Ertheilung wichtiger Auskünfte und durch Uebersetzung seltener und kostbarer Bilder aus der gesamten Lebenszeit Kaiser Wilhelms seitens der Behörden und Sammlungen jede Förderung erfahren hat, ist dasselbe zu einem geschichtlichen Quellenwerk geworden, welches außerdem durch seine reiche und vornehme künstlerische Ausstattung Anspruch auf den Namen eines Prachtwerkes ersten Ranges hat. In loyal gestimmten Kreisen wird das Erscheinen einer solchen monumentalen Denkschrift über die Jugendzeit und die ersten 10 Jahre der Regierung Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm II. auf das freudigste begrüßt. Um den zahlreichen Verehrern Seiner Majestät Gelegenheit zur Erwerbung unseres Werkes in einer besonders werthvollen Ausstattung zu geben, haben wir uns entschlossen, eine numerirte Liebhaber-Ausgabe zu veranstalten, welche eine Fülle von Bisher nicht erschienenen Bildern und eine reiche Ausstattung mit gleichzeitiger ein wohltätiger Zweck verbunden, worüber der anliegende Prospekt näheres besagt. Beim Schluß dieser Zeilen können wir die uns hochbeglückende und ehrende Thatfache mittheilen, daß Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sich zur Entgegennahme der ersten beiden Exemplare dieses Werkes huldvollst bereit zu erklären gerührt haben.

Dieses Schriftstück bildet nur die in immerhin bescheidenen Grenzen gehaltenen Einleitung zu dem eigentlichen Prospekt. Hierin wird erzählt: Es geht ein Ahnen durch das deutsche Volk, daß ein gnädiges Geschick das Erbe des untergegangenen alten Kaisers in die rechten Hände gelegt und in dem jungen Kaiser den richtigen Mann an das Ruder gestellt hat u. s. w. In der Aufzählung der im Text gezeichneten Thaten „Allerhöchstselben“ heißt es u. a.: Sein Bestreben, die Wissenschaft zu fördern, findet einen bedeutenden Beleg durch eine Kabinetordre, in welcher er den vom Ministerium für Zwecke der Luftschiffahrt aus dem Allerhöchsten Dispositionsfond in Vorschlag gebrachten Betrag durch eigenhändige Einschaltung verdoppelte. Noch interessanter vielleicht ist aber die vom Kaiser selbst niedergeschriebene Zusammenstellung von Bibeltexten, über die er von bestimmten Hospredigern an genau bezeichneten Tagen Predigten zu hören wünschte, während ein von ihm gezeichnete Entwurf für den Thurm der Erlöserkirche in Jerusalem ein gleich wichtiges Dokument für seine fast alle Zweige der Kunst und des Kunstgewerbes gleichmäßig umfassende künstlerische Begabung bildet.

Auf den bedeutungsvollen Inhalt des Werkes lassen die im Prospekt abgedruckten Illustrationen schließen. Diese tragen u. a. folgende Unterschrift: Der Prinz in seinem ersten Schiff. Hofsagd in Wädburg. Befestigung der Strecke. Parade bei München. Schiffgottesdienst in Gegenwart des Kaisers u. s. w. Ueberaus interessant sind auch einige der Ueberschriften der Kapitel, welche Leben und Thaten des Kaisers schildern: Die Großjährigkeitsfeier, Die Kaiserliche Wirtschaftspolitik, Des Kaisers Stellung zu Theater, Dichtung und Musik, Wassersport, Jagd, Fehdesport, Lawn-Tennis, Turnen und sonstige Leibesübungen, Des Kaisers Repräsentation, Und die Mitarbeiter? Wir heben folgende Namen hervor: Oberregisseur Max Grube, Geh. Regierungsrath C. v. Massow, Dr. Adolf v. Wendt, Professor L. Vietz, der berühmte L. v. der Voss, Jtg., und Prediger Dr. Ernst Käthe, der bekannte Sozialistenverläumder!

So macht man Weltgeschichte!

Für die bevorstehende Reichstagswahl hat das Reichs-Postamt bereits bestimmt, daß sämtliche Telegraphenanstalten, welche bei der Beförderung von Wahltelegrammen theilhaftig sind, sowohl am Tage der Wahlen, wie auch am Tage der Ermittlung des endgiltigen Wahlergebnisses bis 10 Uhr abends, erforderlichenfalls bis zur erfolgten Abtelegraphirung der Wahltelegramme in Dienst bleiben müssen. Gleichzeitig werden die Telegraphenämter darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei den Wahltelegrammen nur um die Meldung über die schließlichen Ergebnisse der Wahlen handelt, und daß daher nicht die bei letzteren in den einzelnen Wahllokale abgegebene Stimmenzahl, sondern das Gesamtergebnis der Wahl des betreffenden Wahlkreises nach der von dem Wahlkommissar zu bewirkenden Zusammenstellung in Betracht kommt. Endlich wird noch darauf hingewiesen, daß die gebührenfreien Wahltelegramme der Wahlkommissarien an das Reichsamt des Innern gegenüber anderen gebührenfreien Wahltelegrammen mit Vorrang zu befördern sind.

Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend hat aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Berliner Schützmannschaft dem Polizei-Präsidenten v. Windheim einen namhaften Geldbetrag zu Gunsten einer zu bildenden Unterstützungskasse für Schulleute überreicht. Welcher ideale Zusammenhang besteht zwischen dem Verein der Brauereien und der Schützmannschaft?

Der Prospekt besagt: „Die Verlagsbuchhandlung hat sich verpflichtet, von jedem bestellten Exemplare der numerirten Liebhaber-Ausgabe den Betrag von zehn Mark zu einem wohltätigen Zwecke, welcher der Bestimmung Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin vorbehalten bleibt, zur Verfügung zu stellen. Der Gesamtbetrag wird unter Beifügung eines Verzeichnisses der Besteller Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin unterbreitet werden.“ Wer die Liebhaber-Ausgabe kauft, hat also das hohe Glück, daß sein Name eventuell von der Kaiserin gelesen wird.

Polizei-Anmeldung. Aus Anlaß der bei den Togonegen des Passage-Panoptikums vorgekommenen Pocken- (Varioloiden-) Erkrankungen werden die Ärzte vom Polizeipräsidium ersucht, einzuweisen bis Ende des Monats Juni außer den eigentlichen Pockenkrankheiten auch alle pockenverdächtigen Fälle auf den üblichen Meldelisten der k. Sanitätskommission anzuzeigen.

Auf die Vertilgung wegen Erhebung des Stättelgeldes für die vor den Säden aufgestellten Waaren, welche vor kurzem der „Bund der Berliner Grundbesitzervereine“ an den Magistrat gerichtet hat, ist jetzt bei dem Bundesvorstande folgender Bescheid eingegangen: „Auf Ihre Vorstellung vom 11. d. M. erwidern wir ergebenst, daß wir bei Reueverpachtung des Rechts zur Erhebung des Marktstättelgeldes die angeregte Aenderung des Tarifes, betreffend Fortfall des Stättelgeldes für Waaren, welche außerhalb der Marktzeiten vor Geschäftstokalen auf den Bürgersteigen aufgestellt sind, in Erwägung ziehen werden.“

Für die verkehrreichen Stunden an den Pfingstfeiertagen war für den Kurfürstendam die polizeiliche Anordnung getroffen worden, daß die Radfahrer die südliche Seite der Hauptstraße, die Fußwege die nördliche Seite zu benutzen hätten. Infolge dieser zweckmäßigen Trennung des Verkehrs sind die Feiertage dort ohne Unfall vorübergegangen. In der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisstraße und am Bahnhof Halensee wiesen große Plakate auf die neue Anordnung hin, die hoffentlich nun für die Sonntage beibehalten wird.

Zu den Zahlungsschwierigkeiten des Fiskus Renz in München wird jetzt mitgeteilt, daß die in dieser Angelegenheit seinerzeit genannte österreichische Länderbank in Wien sowie die dortige Firma Steiner u. Sohn vollständig befriedigt sind und auch die Sache mit Gebrüder Hildesheimer u. Friedländer in Berlin geregelt ist. Die misslichen Verhältnisse sollen hauptsächlich in der Uebervertheilung des 20jährigen Herrn E. Renz seitens verschiedener Geschäftsleute ihren Grund gehabt haben. Herr E. Renz, der übrigens im nächsten Jahre in der angenehmen Lage sein soll, eine Erbschaft von über einer Million Mark antreten zu können, hat bereits durch seinen Münchener Rechtsbeistand einige Anzeigen wegen Däubers an die zuständigen Staatsanwaltschaften einreichen lassen.

Strafenverperrung. Die Charlottenburger Chaussee vom Kleinen bis zum Großen Stern (ausschließlich der Kreuzdümmen) wird behufs Asphaltierung vom 1. I. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Durch einen Sturz von der Leiter ist am ersten Feiertag auf dem Hofe der Hayspold'schen Brauerei, wo er beschäftigt war, der 54 Jahre alte Arbeiter Ernst Fische aus der Friedrichstr. 243 tödlich verunglückt. Wie der Unfall sich zugetragen hat, weiß man nicht. Der Nachpförtner, der um 6 1/2 Uhr seinen Dienst antrat, fand den Mann mit gebrochenem Schädel neben der Leiter auf dem Hofe liegen. Der Verunglückte starb abends 9 Uhr auf der Unfallstation 1, ohne daß er wieder zum Bewußtsein gekommen war.

Auf dem Wege zum Frühkonzert wurde am ersten Feiertage im Thiergarten der 49 Jahre alte Damentonsellions-Schneidermeister Leopold Weintraub aus der Linienstraße Nr. 80 vom Tode ereilt. Spaziergänger fanden den Mann in der Nähe des Kleinen Sterns frant unter einem Baume liegen. Ein Schuttmann brachte ihn mit einer Droschke in ein Krankenhaus; als man hier ankam, war er jedoch bereits todt.

Einen traurigen Pfingsten erlebte die Familie des Tischlers Jozombied in der Schwedterstr. 228. Am Sonnabend Abend verlor Frau J. die Nichte, die im Betrage von 20 M. fällig war. Sollte der Acker des Geldes zu unserem Defizit zählen, so wird diese Veröffentlichung gewiß dazu beitragen, daß der Familie die Summe wieder zurückkehrt werde.

Der Polizeipräsident sendet uns folgende Zuschrift: „Der „Vorwärts“ hat in seiner Nummer 119 vom 24. d. M. mit der Einleitung „Ein peinlicher Vorfall“ eine Mittheilung gebracht, die den thatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entspricht. Ueber den dieser Mittheilung zu Grunde liegenden Vorfall hat der „Vorwärts“ zwar in seiner nächsten Nummer vom 25. d. M. mit der Einleitung „Ein auf dem Patronenwege befindlicher Schuttmann“ eine im ganzen richtige Schilderung gegeben, hierbei indessen jeden Hinweis darauf unterlassen, daß es sich um denselben Fall handelt, auf welchen sich seine erste Mittheilung bezieht. Nach der von dem „Vorwärts“ selbst gegebenen Sachdarstellung ist daher die in der ersten Mittheilung enthaltene Angabe völlig unrichtig, daß ein Schuttmann mit gezogenem Säbel auf einen langsam daherschreitenden Arbeiter zugeht und diesem mehrere Hiebe beigebracht habe, sobald der Unglückliche blutend zusammengebrochen sei. Ebenso unrichtig ist die ferner in der ersten Mittheilung enthaltene Behauptung, daß Straßensperren empört ihrem Unwillen Luft gemacht und von dem Schuttmann Aufklärung verlangt hätten. Wir behalten uns vor, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.“

Ein Doppel-Selbstmordversuch im Thiergarten ereigte am zweiten Feiertage nachmittags unter den zahlreichen Spaziergängern großes Aufsehen. Die Kaufmannslehrlinge Walter Heinemann und Ludwig Münding, dieser 17, jener jetzt ganz 16 Jahre alt, kamen am Montag voriger Woche von Braunschweig nach Berlin. Heinemann ist der Sohn des Musikdirektors gleichen Namens in Braunschweig, Münding's Vater ist Kaufmann. Der Sohn des Musikdirektors ist angeblich von seinem Vater verstoßen worden wegen einer Dummheit, über die er keine nähere Auskunft giebt. Sein Freund Münding wollte durchaus sein Schicksal theilen und kam mit ihm nach Berlin. Hier wohnten die jungen Leute in einem Gasthose der Friedrichstr. 12, lebten flott, dachten aber bisher noch nicht an Begehnen. Am zweiten Feiertage gingen sie vormittags mit der Absicht weg, zusammen aus dem Leben zu scheiden. Für den Rest ihres Geldes hatten sie sich einen Revolver und scharfe Patronen gekauft. Mit diesen wanderten sie nach dem Thiergarten hinaus. Am großen Stern hielten sie gegen 5 1/2 Uhr nochmals Rast und gingen dann in ein Gebüsch. Heinemann nahm den Revolver zuerst und schoß sich eine Kugel in die rechte Brustseite. Nachdem er hingefallen war, ergriff sein Freund die Waffe, legte sie sich an die linke Brust, drückte mit den Worten: „Wenn Du stirbst, will ich auch nicht mehr leben“, los und brach ebenfalls zusammen. Der Vorfall, der sich in wenigen Sekunden abspielte, lockte eine große Menschenmenge an. Zwei Schuttmänner brachten die Verwundeten mit Droschken in ein Krankenhaus. Hier starb Münding bereits um 8 Uhr abends. Heinemann ist nicht so gefährlich verletzt und wird aller Voraussicht nach mit dem Leben davonkommen. Den Revolver schleuderte Münding im Fallen so weit in das Gebüsch hinein, daß die Polizei ihn nicht finden konnte.

Ein Familiendrama. Der 45jährige Maurer August Hertel, der früher geisteskrank gewesen und vor einem Jahre aus einer Irrenanstalt als geheilt entlassen worden war, hat in seiner Wohnung Kleine Markstraße 27 auf dem Hofe in der Nacht zum ersten Pfingstfeiertag seine Ehefrau u. tödlich versucht und sich dann selbst erhängt. Man berichtet darüber: Hertel hatte seine Frau schon oft bedroht; er muß auch schon wiederholt die Absicht gehabt haben, sie im Schlafe zu tödten, denn die Frau, fand schon verschiedene Nordwerkzeuge im Bett: ein Messer, einen Strick, einen Ranzerschlägel, ein Stemmisen, die der Mann abends heimlich hineingelegt hatte. Sie war aber jedesmal, wenn er sich näherte, aufgewacht, und hatte ihn zu beruhigen verstanden. Im Gegensatz zu fast allen vorhergehenden Abenden blieb es am Sonnabend in der Hertel'schen Wohnung ganz ruhig. Die Kinder schliefen längst, auch das Ehepaar legte sich ohne Streit zur Ruhe, und bis um 5 1/2 Uhr morgens hörte man nichts. Da kamen plötzlich mit jämmerlichem Geschrei die zwei Mädchen des Hertel'schen Ehepaars zu dem im unteren Stockwerk wohnenden Schlächter Goldmann gelaufen, der schon wiederholt, wenn es allzu lärmend herging, oben gewesen war und Ruhe gestiftet hatte. „Vater und Mutter sind todt!“ schrien die Kinder. Goldmann eilte sofort in die Wohnung hinauf. Während das dritte Kind der Hertel'schen Eheleute, ein kleiner Knabe, auf seinem Sofa noch ahnungslos ruhig schlief, hing Hertel in

niegender Stellung als Leiche an einem Nagel über seinem Bett, und seine Frau lag blutüberströmt auf dem Bett. Hertel hatte seine schlafende Frau mit einem stumpfen Gegenstand auf den Kopf geschlagen und dadurch betäubt. Dann hatte er ihr ein Küchenmesser in den Kopf gestochen und ihr noch zahlreiche Stiche und Schnittwunden am Kopf, an der Stirn und an der rechten Schläfe beigebracht. Als um 5 1/2 Uhr die einseitig verlegte Frau wieder etwas zum Leben kam und sich rührte, wachten die beiden Mädchen auf. Bei Hertel war die Leichenstarre bereits eingetreten. Frau Hertel wurde sterbend in das Krankenhaus am Friedrichshain geschafft. Die Kinder brachte die Polizei ins Kaiserhaus, Hertel ließ 81 Mark und einen Jettel zurück. Dieser enthielt so wirres Zeug, daß der Polizeileutnant ihn nicht entziffern konnte.

Von den vermißten Mädchen, über welche wir am Sonntag berichteten, ist noch keine Nachricht eingegangen. Die 16jährige Jenny Hamburger, Tochter des Kaufmanns W. Hamburger, An der Jerusalemstraße 2, scheint in Abenteuerlust eine Fahrt nach England beabsichtigt zu haben. Ein Herr hatte am Mittwoch, seit welchem Tage die Jenny vermißt wird, ein Mädchen, auf welches die Beschreibung paßt, am Stettiner Bahnhof weinend getroffen und auf seine Frage nach dem Grund der Thränen von dem Mädchen die Antwort erhalten, es gefalle ihr nicht mehr in Berlin, sie beabsichtige daher über Stettin nach England zu reisen. Die zweite der jugendlichen Ausreißerinnen, die dreizehnjährige Tochter des Kohlenhändlers Lamfried, hat ihre Reise vorher erwogen. Bereits am Sonntag vor ihrem Verschwinden nahm sie von Freundinen Abschied mit der Begründung, daß sie in kurzer Zeit eine Reise antreten werde. Ob die Frau Pieper, mit deren Verschwinden man das des Mädchens in Verbindung brachte, zu dem Fall in Beziehung steht, ist noch nicht ermittelt. — Anders liegt der Fall bei der dritten Verschwindenden, der elfjährigen Tochter des Rangirners Langner. Das Kind ist vor Jahresfrist von einem Manne vergewaltigt worden; als die strafrechtliche Anzeige erstattet war und seine Verhaftung bevorstand, entzog sich der Missethäter dem Arm der Gerechtigkeit durch Selbstmord. Von dem Selbstmörder nahesteherender Seite wurden damals gegen die Eltern des Kindes Drohungen geschleudert; diese bringt man jetzt mit dem Verschwinden des Mädchens in Zusammenhang.

Castan's Panoptikum hatte vor dem Fest angezeigt, daß Jimbo, der Nieren-Orangutang, „nur noch kurze Zeit“ zu sehen sein werde. Diese Ankündigung hat sich anders erfüllt, als die Besitzer vorausgesehen hatten. Das werthvolle Thier ist vorgestern verendet, kann also in anderen Städten nur noch ausgestopft gezeigt werden.

Theater. Im Ostend-Theater hat am Sonntag Abend die Aufführung des neuen Ausstattungstüdes „Auf Sumatra oder die Holländer in Atchin“ den üblichen stimmungsvollen Verlauf gefunden. Was in dem Stück alles passiert, ist aber auch zu allerliebste zwölf verschiedene Bilder, darunter mehrere mit Krieg und Feuer und Flammen, wideln sich vor den Augen der Zuschauer ab, und ein Ballet tritt auf, so schön, wie es im Ostend-Theater noch nicht erlebt worden ist. Sogar die berühmte erste Solotänzerin Fraulein Carola Riela vom Hof-Theater in Altenburg tanzt eigenhändig darin, und zwar mit einem Schwung, wie man ihn von einer Hoftänzerin nur verlangen kann. Im ersten Akte aber, der noch nicht auf Sumatra, sondern in Holland spielt, tanzt man auf Pantinen. Auch mit einer Handlung ist das Stück versehen. Viel Schredliches passiert; einmal nehmen die verdrachten Indier sogar mehrere holländische Soldaten, die nicht einmal etwas Böses gethan haben, ganz hinterlistig gefangen und führen sie zur Folterung ab. Aber der gruselige Eindruck einer solchen Gräueltat wird gleich verwischt durch ein lustiges Kouplett, welches die ahnungslose Braut eines der Gefolterten zum Besten giebt. Nach dem Stücke zu urtheilen, ist das Dasein der holländischen Kolonialsoldaten, wenn man von einigen nebenwärtigen Unannehmlichkeiten wie der Folterung absieht, im allgemeinen nichts als eine närrische Fabelwelt. Die Serie führen ein fürchtbar lustiges Leben und werden am Schluß, wo der Krieg zu Ende ist, nicht allein von Bräuten und Dorfgossen, sondern auch von dem eigens zu diesem Zwecke präparierten Korps de Ballet feierlich angetanzt. Wenn die deutsche Krone doch auch noch so etwas aufweisen könnte!

Im Schiller-Theater geht heute Hans Olden's „Thielemann's“ zum ersten Male in Szene. Das vom Autor inszenierte Lustspiel ist in den Hauptrollen wie folgt besetzt: Alexander Thielemann: Alfred Schmalow, Charlotte Thielemann: Agnes Werner, Julie: Hedwig Pauli, Wiege: Trude Lobe, Vob: Margarethe Bornmann, Renne: Heiner Lehnerl, Ostille: Paula Lebermann, Frau Töpfer: Margarethe Wiedede, Ludwig Specht: Max Laurence, Geh. Kommerzienrath, Föhbender: Max Patteg, Emil Föhbender: Otto Pablan, Alice Föhbender: Fanny Wagner, Fraulein Schütz: Clothilde Parth, Jacoby: Ludwig Reuert.

Die Treppe. Sternwarte giebt eine Serie von 6 Karten zum Preise von 4.50 M. heraus. Heute, Mittwoch, 7 Uhr abends, hält Direktor F. S. Archenhold einen Vortrag „Der Mond im Trepptower Riesensentwurf“. Die Krater und Berge sind nur noch bis Ende dieser Woche in den frühen Abendstunden glänzend zu betrachten.

Irania. Jupiter zeigt auf seiner Oberseite gerade gegenwärtig wieder sehr interessante Streifenbildungen, die namentlich in der Abenddämmerung im 12. Refraktor der Irania-Sternwarte einen abersahenden Kundst geizigen. Die bemerkenswerthe Rinde der Luft während der letzten Tage gelutete die Anwendung härterer Vergrößerungen, sodas auch feineres Detail sich dem Beobachter leicht erschließt.

Feuerbericht. Sonntag früh 1 Uhr entstand Neue Friedrichstraße 5 auf dem Hofe durch ausgeflossenes Petroleum ein kleiner Brand. Die Feuerwehre war schnell zur Stelle, so das größerer Schaden verhindert wurde. Um 4 Uhr nachmittags war Liegnitzerstraße 5 ein Zimmerbrand abzulösen. Möbel und Gardinen gingen hier in Flammen auf. Um 7 1/2 Uhr erfolgte Alarm nach Jossenerstr. 27. Hier brannte der Fußboden, auch erlitt das Haus erheblichen Schaden. Montag früh kurz nach 10 Uhr mußte die Wehre nach Jorndorferstr. 33 und abends 8 1/2 Uhr nach Kottbuser Damm 99 ausrücken. In beiden Fällen handelte es sich um „blinden Lärm“. Dienstag Mittag 11 Uhr war Mantelstraße 29 ein Gardinenbrand abzulösen. Nachmittags 3 1/2 Uhr erfolgte Alarm nach Chaussee 59. Hier brannte Stroch im Keller. Endlich mußte die Wehre nach Chaussee 68 ausrücken. Beim Ansteden der Beleuchtung entstand hier ein kleiner Schaufensterbrand, der bald gelöscht wurde.

Aus den Nachbarorten.

Früh Vogel oder Hirb! Ganz skandalös ist der Mißbrauch, der im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow von konservativer Seite mit den Namen der im Staats- und Gemeindefreien stehenden Personen getrieben wird. Zu gunsten des reaktionären Reichstagskandidaten, Superintendenten Vorberg, ist dieser Tage ein Wahlflugblatt verbreitet worden, welches etwa 1500 Namen solcher Wähler trägt, die zum beträchtlichen Theil gegen ihre Lebensinteressen handelnd die konservative Kandidatur zu unterstützen vorgeben. Es fällt besonders die große Zahl von Eisenbahnarbeitern und Volksschullehrern ins Auge. So sind allein in Charlottenburg 288 Unterschriften gesammelt worden, von denen jedoch nicht weniger als 162 aus den Eisenbahn-Verksätten bei Kolonie Grunewald hervorgegangen sind und von den dort beschäftigten Handwerkern (Schlossern, Schmieden, Drehern, Stellmachern und so weiter) herkommen. Und ebenso weisen die 65 Unterschriften aus Tempelhof allein 22 Namen von Beamten und Handwerkern der dortigen Eisenbahn-Reparaturwerkstätten auf. Dagegen hat Schöneberg, obgleich es der Wählungs- und Wohnort des Wahlkandidaten und dieser dort persönlich sehr beliebt ist, nur 102 Namensunterschriften erbracht, wobei noch ferner ein besonders bemerkenswerth ist: die auffallend starke Beileiligung von Gemeindefreiherrn an der diesmaligen Wahltagation. Denn es haben von den 94 Volks- und Mittelschullehrern des Ortes nicht weniger als 54 und dazu von den 7 Rektoren noch 5 den Wahlausruf unterschrieben, sodas deren Namen

allein weit über die Hälfte der 102 Unterschriften aus Schöneberg bilden. Insgesamt aber ist der Aufruf von 177 Volksschullehrern des Wahlkreises unterschrieben.

Was sollen die Krone machen? Unterschreiben sie nicht, so haben sie, ob mit oder ohne Grund, sei dahingestellt, Nachtheile zu befürchten. Eine Partei aber, die mit derartigen Mitteln arbeitet, ist in den Augen anständiger Wähler von vornherein gerächt. Den Angestellten und Arbeitern bleibt nur das eine, allerdings wirksame Vergeltungsmittel, daß sie am 16. Juni über die ihnen angethane Unbill eine deutliche Quittung abgeben.

Ein Eiferjagdrama unter Jägern hat sich am Montag in Adlershof ereignet. Dort war eine Jägerbande eingeleitet, die es sich am Orte wohlsein ließ. Dieses Jdgl sollte jedoch durch ein Rencontre zwischen zwei jugendlichen Mitgliedern der Bande gestört werden, die beide zu einem Mädchen, einer richtigen Jägerin/Schönheit, in heißer Liebe entbrannt waren. Als der Jäger Johann Altem mit Geschenken für die Geliebte beladen, nachts, aus Berlin zurückkehrte, lauerte ihm sein Begner Franz Lauburger auf und jagte ihm eine Kugel in die Brust. Das Opfer des Ueberfalles wurde nach dem Kreisrankehaufe in Pray gebracht; sein Zustand ist kritisch. Der Thäter wurde verhaftet, die Bande aber mußte sofort auf behördlichen Befehl unter Geleit der Gendarmerie den Ort verlassen.

Zu großer Lebensgefahr schwebten mehrere Berliner Knaben, die am ersten Feiertage hinter dem Rücken ihrer Eltern in Friedrichshagen einen Kahn bestiegen und damit auf den Müggelsee hinausfuhren. Hilflos trieben sie auf dem See herum, wobei der Kahn in das Fahrwasser eines Dampfes gerieth und kenterte. Von der Mannschaft des Dampfes konnten die Kinder gerettet und den Eltern, die keine Ahnung von der Gefahr gehabt hatten, wieder zugeführt werden.

Einer Schredenszene wohnten am Montag zahlreiche Zuschauer in Schildhorn bei. Der Rundfahrt-Dampfer „Prinz August Wilhelm“ setzte sich von der Landungsbrücke des Schloßberg-Restaurants in Bewegung, rannte gegen die Rückseite des vor dem Restaurant liegenden Dampfes „Baby Tailor“, glitt nach links ab, fuhr in einen Kahn, der sofort zerpflegt wurde und sank — die Splinter flogen hoch in die Luft. Ein zweiter Kahn wurde gegen die Brücke gedrückt, deren Geländer beschädigt worden ist. Auf der Brücke mögen sich wohl an 50—60 Personen befunden haben. Die Damen erhoben ein großes Aufgeschrei, das Schlimmste schien bevorzustehen — im letzten Augenblick gelang es jedoch dem „Prinz August Wilhelm“ zurückzutropfen, wodurch die Gefahr beseitigt war.

Eigenthümliche Verhältnisse scheinen im Dampferverkehr auf dem Müggelsee zu herrschen. Eine große Anzahl Ausflügler gerietten dort am ersten Feiertage gegen 5 Uhr nachmittags in eine unangenehme Lage. Bei „Rübezahl“ nahm der Dampfer „Dorothee“ sie auf, um sie auf seine Fahrt nach Berlin in Friedrichshagen abzugeben. Die „Dorothee“ hatte sich eben in Fahrt gesetzt, als von Friedrichshagen Herr Rading mit seinem „Rübezahl“, der regelmäßig die Rundfahrten macht, gefahren kam. Nachdem er angelegt hatte, zwang er den Kapitän der „Dorothee“ durch Winksignale, wieder beizudrehen und nachbord bei Steuerbord bei ihm anzulegen. Dann mußten die Fahrgäste ohne Laufbreit von dem geräumigen Dampfer auf den kleinen überlitterten und sich dort empferchen lassen. Den enttäuschten Fahrgästen erklärte Herr Rading, die „Dorothee“ habe kein Recht, dort zu fahren, sondern nur er allein. Der Fahrer der „Dorothee“ dagegen entschuldigte sich damit, daß Herr Rading ihn bei dem großen Andränge am Ausfließen ersucht habe. Den Schaden und die Unannehmlichkeiten einer solchen Monopolwirtschaft hat natürlich das Publikum. Vielleicht finden die Inhaber der großen Wirtschaften einen Weg, im Interesse ihrer Gäste und in ihrem eigenen dieien Mißstand zu beseitigen.

Geriichts-Beitrag.

Ein bekanntes Stück Darnerschlauheit zeigte sich in einer Verhandlung, welche vor dem Schöffengericht stattfand. Auf der Anklagebank befand sich eine etwa 40jährige, robuste Person, die verheiratete Wälderfrau Annae P. aus Grünau, welche des Betruges beschuldigt war. Angst schien sie nicht zu haben, nicht einmal Besorgnisse, wohl aber Zugrimm, denn sie ließ die Unterlippe hängen und ihre Augen schossen zornige Blitze, als sie sich durch die schmale Thür zum Anklageraum hineindrängen mußte.

Sie erbat sich das Wort vor der Verhandlung. „Ich muß von vorne rin befragen, daß ich hier in Berlin überhaupt nicht gerichtsbefähigt bin, id jedore nach Köpenick um mich dort vor der Amtsgerichtseladen wer'n. Die Herren kennen mir da alle un wissen, det id eine reelle Frau bin. Also möchte id bitten, det der Termin umgehoben wird; wat id is, die feien mir zeiten will, kann ebeno jut nach Köpenick kommen.“ — Vorsitzender: Ihr Einwand ist thöricht. Sie haben die Straftat in Berlin begangen und werden deshalb hier abgerichtet. Sie sollen der Arbeiter-Gefrau Müller, welche ein Schod Eier von Ihnen gekauft hatte, anstatt 60 Stück nur 48 Stück eingezahlt haben, wollen Sie sich auf die Anklage einlassen, oder nicht? — Angell: Id will vor unser Gericht, wo id die Steiern un Abgaben zu bezahlen habe, die Herren kennen mir da alle als eine reelle Frau. — Vors.: Dann werde ich ohne weiteres die Zeugin vernehmen.

Die Zeugin Müller erscheint mit einem Kind auf dem Arme. — Vorsitzender: Warum bringen Sie das Kind mit? — Zeugin: Id habe noch viere zu Hause. Die beiden Ältesten verwalten die beiden jüngsten, un dieser war dabei, als die Person da mir die Eier verkaufte. — Vors.: Nun, dann erzählen Sie die sonderbare Geschichte, wie Sie betrogen sein wollen. — Zeugin: Det war so. Als mein Mann am Osterfestabend mit seinen Wogenlohn nach Hause kam, hab er mir eine Mark extra, wo id Osterfeier für loosen sollte. Die Kinder wollten doch ooch wissen, det Ostern is un man kann während die Feiertage ooch mal Segeier machen. Als id so jeuen Abend mit meinen kleinsten Jungen un'n Arm vor die Dbiere siehe, kommt die Frau da mit ne Kiepe un'n fragt, ob id Eier loosen wollte. Na, eogenlich wollte id den Koosmann nebenan in Rahmung sehen, da sie aber det Schod un zehn Henne billiger loosen wollte, hole id einen Kapp heraus un sage ihr, sie soll ein Schod inzahlen. Id siehe so wie hier, mit meinen Jungen un'n Arm vor ihr un sie sigt so vor mir in die Hude, hat id die eine Seite ihre Kiepe mit Eier zu sehen un uf die andere Seite steht mein Kapp, wo sie sie rinählt. Sie nimmt jedesmal zwoe in jede von ihre Hände un legt sie in meinen Kapp, wobei sie immer vier, acht, zwösi, sechzehn un so weiter zählt. Id hele nich immer hin, weil mein Kind ooch een bielen unruhig is. Als sie fertig is, sigt sie uf, sigt mir den Kapp in die Hand un sagt noch in ihre Scheinheiligkeit: Nachzählen brauchen Sie nich, junge Frau, bei mir stimmt et immer, id bin eine reelle Frau un die Herren kennen mir alle. Id jut. Id bezahle ihr die Eier un jehe mit meinem Kapp in die Kiche. Hier fange id sofort an, sie inzudeelen, zwanzig sollten jeforden wer'n, wo mein Mann schon die Farben zu jefoost hatte, un zwösi Stück sollten als Abendbrot verzehet wer'n. Id loose also zwelunddreißig Stück, die übrigen kommen mir so wenig vor, id zähle un zähle, ei kommen nich mehr als sechzehn raus. Id leberleie mir die Festsichte un mit einem Male jehi mir een Picht uf. Als die Frau so vor mir in der Hude lag un die Eier inzählte, da hatte sie mir allerlei zu fragen. „Viere, achte, zwölfe — sagen Sie mal, wie alt is denn det Jüngel, wat Sie da un'n Arm haben? — Zwanzig Wochen weniger vier Tage, sage id. — Na, da können Sie immer schon zwanzig sagen, also zwanzig, vierundzwanzig, achtundzwanzig. — Sagen Sie mal, Ihr Mann is voll ooch noch jung? Er is sechsendreißig, sage id. — Sed'n Sie mal an, so alt is mein Oler ooch, det id det beste Alter für einen Mann, also sechsendreißig, vierzig, vierundvierzig — is hier nich Nummer eemundfünfzig? Id habe in diesem Haus schon velle Eier verfoost. — Reer sage id, hier is Nummer zweenundfünfzig, Himmel, Wurst un Pwizen, der Rensch kann sich mal tr'n, meent sie un lacht noch so lecher ihren Wig. Dem sängt sie wieder an un sagt: Also zweenundfünfzig, sechsendreißig, sechzig, So, sagt sie denn un stehi mit einem Seufzer uf. — Nachher habe id denn bemerkt, det sie mir bei alle det Zählen un die

Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer.

Erfurt, 30. Mai 1898.
Die zweite Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands ist heute hier im Hotel zum preussischen Hof eröffnet worden. Den Vorsitz führt Dupont-Berlin. Anwesend sind je ein Delegierter aus Königsberg, Breslau, Dresden, Görlitz, Waldheim, Leipzig, Nürnberg, München, Stuttgart, Mainz, Frankfurt a. M., Elberfeld, Braunschweig, Magdeburg, Hamburg, sowie 4 Delegierte aus Berlin. Die Versammlung giebt sich nach Kenntnisnahme eines Situationsberichts über den Stand der Bildhauerbewegung im Auslande, der wenig erfreulich lautet, eine Geschäftsordnung und prüft die Mandate.

Nach dem gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht waren Ende 1897 von den 6000 Berufsgelehrten in Deutschland 3413 im Zentralverein, 247 im Holzarbeiter-Verbande organisiert. Die Einnahme betrug im Jahre 1897 insgesamt 88 786,69 M., oder pro Mitglied 25,02 M. Die Ausgaben beliefen sich pro Mitglied nur auf 22,67 M. Es wurde innerhalb der letzten drei Jahre ein Ueberschuss von 5075,72 Mark erzielt. Das Vereinsvermögen betrug Ende 1897 61 635,97 M. Für Arbeitslosen-Unterstützung am Ort sind in den letzten Jahren 26 767 M., pro Jahr, für Unterstützung auf der Reise durchschnittlich pro Jahr 8351 M. gezahlt worden. Ausgaben für Streikunterstützung hatte die Kasse im Jahre 1897 1039 (gegen 12 334 M. 1895, 6243 M. 1896). Die Unterstützungssumme für Arbeitsfähige betrug 6742,50 M. 1897 (gegen 7618 M. im Jahre 1896 und 11 204 M. 1895). Für Verwaltungsmaterial sind in den letzten drei Jahren pro Mitglied 1,32 M. ausgegeben, für Agitation in den letzten 3 Jahren 0,54 M. pro Mitglied, für Streiks fremder Gewerkschaften in derselben Zeit 1,30 M. pro Mitglied. An die Generalkommission zahlte man bis zum 2. Quartal 1896 pro Quartal und Mitglied 5 Pf., später dann 3 Pf. Der Verkehr der örtlichen Stellenvermittlungen mit der Zentrale ist ein regerer geworden. In den Verwaltungsstellen, welche Monatsberichte an die Zentrale sandten, meldeten sich 1896: 3800 Arbeitslose, 1897: 5100. In diesen Verwaltungsstellen erhielten örtlich Stellung 1896: 1600, 1897: 1350; durch die Zentrale erhielten Stellung 1896: 238, 1897: 276. — Nach Entgegennahme des Geschäftsberichts wird die Versammlung abends 1/2 Uhr vertagt.

Neunter Kongress der Deutschen Steinarbeiter.

Würzburg, den 20. Mai 1898.
Ein außerordentlicher Kongress der Deutschen Steinarbeiter wurde zum 20. Mai von der Geschäftsleitung der Steinarbeiter-Organisation nach Würzburg einberufen zur Erörterung dringender und einschneidender Umandänderungen in bezug auf Beitragsleistung der Mitglieder und die Taktik bei Streiks und Aussperrungen, welche Punkte die wichtigsten der Tagesordnung bilden.

Dah lebhaftes Interesse an diesem Kongress vorhanden, beweist, daß 56 Delegierte aus allen Gauen Deutschlands anwesend sind, die insgesamt 8201 organisierte und 6825 unorganisierte Steinarbeiter vertreten. Ferner sind anwesend: Der Geschäftsführer der Organisation, der Redakteur des „Steinarbeiter“, ein Vertreter der Kontrollkommission, der Statistiker, zwei Delegierte der schwedischen und norwegischen Steinarbeiter, ein Vertreter der Steinbildhauer Deutschlands. Ferner als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Legien.

Die Verhandlungen beginnen nach Erledigung der Wahl der Geschäftsordnungs-Kommissionen und Prüfung der Mandate mit dem

Geschäftsbericht des Geschäftsführers Mitschke; hervorzuheben ist daraus, daß in 160 Orten Deutschlands organisierte Steinarbeiter vorhanden sind, wovon 50 neue Orte im letzten Jahre hinzugekommen sind. Beitragszahlende Mitglieder sind im letzten Jahre 11 500 vorhanden gewesen. Die Einnahme betrug für 1897 55 134,78 M., die Ausgabe 41 338,90 M. (darunter 6055,41 M. Streikunterstützung für andere Gewerkschaften, Agitation 3471,07 M., Streikunterstützung 20 269 M.), Bestand 13 795 M. Nach einer eingehenden Diskussion des Geschäftsberichts wird nach dem Bericht der Revisoren und der Kontrollkommission dem Geschäftsführer Decharge erteilt.

Im nächsten Punkt der Tagesordnung steht ein Antrag der Pirner, Dresdener und Vunzlauer Steinarbeiter: Die Steinarbeiterorganisation möge sich vom 1. Juli ab der Generalkommission anschließen, zur Debatte. Sämtliche Redner: Legien, Thomas, Dennerl-Pirna, Arnold-Hamburg, Mitschke und Schmidt-Dresden sprechen für die Annahme dieses Antrages und wird derselbe einstimmig in namentlicher Abstimmung angenommen.

Würzburg, 30. Mai 1898.
Zum Punkt Organisation beantragen die Vertreter der Steinarbeiter Striegans und Eisdorfs, die Werkzeugsmiede in die Organisation aufzunehmen; beschlossen wird, diese Arbeitergruppe zunächst an den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu verweisen. Bei einem gleichlautenden Antrag: die Kalksteinarbeiter betreffend, wird beschlossen, insofern eine Grenze zu ziehen, als diejenigen, die nicht als Steinbrecher oder Steinmehrer arbeiten, nicht aufgenommen werden, sondern an den Verband der Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter zu verweisen sind.

Der Vertreter der Steinbildhauer, Winkler-Berlin, beantragt zu diesem Punkt der Tagesordnung eine Stellungnahme der Steinarbeiter zu der Aufnahme der Steinbildhauer in die Steinarbeiter-Organisation. Die Mehrzahl der Steinbildhauer sind im Zentralverein der Bildhauer Deutschlands organisiert und haben in ihm eine feste Stütze. Es sönne nicht die Aufgabe der Steinarbeiter-Organisation sein, die Agitation unter den Steinbildhauern dadurch zu erschweren, daß sie dieselben aufnimmt und dadurch die bisherigen Gepflogenheiten der Gewerkschaften negiert. Vielmehr mögen die Steinarbeiter dadurch den Steinbildhauern nützlich sein, daß sie die Steinbildhauer an ihre Berufsorganisation verweisen. Ein Uebertritt der Steinbildhauer in ihrer Gesamtheit sei schon deswegen ausgeschlossen, weil ihre Organisation durch Zahlung höherer Beiträge in den Stand gesetzt sei, ihren Mitgliedern bedeutend mehr zu bieten, als die der Steinarbeiter. Diskutierbar sei der Vorschlag eines Kartellverhältnisses, da sich die Steinbildhauer erst wieder in ihrem Beruf sammeln müßten. Nach einer eingehenden Debatte, an welcher besonders Thomas, Mitschke-Berlin, Häusler-Frankfurt, Ralmburg-Schweden, Oswald-München und Legien teilnehmen, gelangt der Antrag Winklers: Der Steinarbeiter-Kongress erkenne an, daß die Steinbildhauer, da sie eine Berufsorganisation haben, an den Zentralverein der Bildhauer Deutschlands zu verweisen sind, einstimmig zur Annahme.

Der nächste Punkt „Gewerkschaftskongress“ wird dadurch erledigt, daß Thomas-Berlin und Riegel-Dresden als Erghämmer, Dennerl-Pirna und Schmidt-Dresden zum nächsten Steinarbeiter-Kongress delegiert werden. Der von Mitschke und Thomas begründete Antrag der Geschäftsleitung, die Beiträge, die aus den einzelnen Städten an die Geschäftsleitung abzuführen sind, um 10 Pf. zu erhöhen, um den Anforderungen bei Streiks, Aussperrungen und bei der Agitation ge-

nügen zu können, wie überhaupt die Leistungsfähigkeit der Organisation zu fördern, ruft eine ausgedehnte Diskussion hervor; die Beschlußfassung wird bis zum Dienstag vertagt.

Der schweizerische Typographenbund

hielt dieses Jahr seine 40. Generalversammlung im Grobkrathsaal in Bern ab, wobei die Berner Sektion zugleich ihr 50jähriges Jubiläum feierte. Der Antrag des Zentralkomitees, es sei der Redakteur des Verbandsorgans anzuweisen, gegenüber den Vorgängen in der deutschen Buchdruckerchaft eine neutrale Haltung einzunehmen, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Angenommen wurde ein Antrag des Zentralkomitees, wonach dieses beauftragt wird, mit den Prinzipalen behufs Aufstellung und Vereinbarung eines Sechsmaschinen-Tarifs in Unterhandlung zu treten. Ferner wurde ebenfalls nach dem Antrag des Zentralkomitees beschlossen, die Arbeitslosen- und Reise-Unterstützung vom 1. Juli ab zu erhöhen. Abgelehnt wird ein Antrag der Sektion Karau, mit anderen Berufsverbänden behufs gemeinsamer Regelung des Lehrlingswesens in Verbindung zu treten. Verschieden wird ein Antrag der Sektion Zürich, wonach dem Zentralkomitee Auftrag erteilt werden soll, mit Versicherungsvereinigungen in Unterhandlung zu treten behufs Abschluß einer Kollektivversicherung für sämtliche Mitglieder des Bundes in dem Sinne, daß ein Sterbebeitrag von 1000 Fr. im Maximum ausbezahlt werden kann. Der Antrag des Zentralkomitees, ihm die Vollmacht zum Abschluß von Gegenseitigkeit mit ausländischen Buchdrucker-verbänden zu geben, wurde zurückgewiesen. Von weiteren Motionen sind noch zu erwähnen diejenige der Sektion Bern auf Schaffung eines schweizerischen Buchdrucker-Sekretariats, die erheblich erklärt wurde, und diejenige der Sektion Zürich, das Unterstützungsstellenwesen einer Versicherungstechnischen Untersuchung zu unterziehen, welche ebenfalls Zustimmung fand. Einstimmige Annahme fand eine von Fähndrich-Zürich eingebrachte Resolution, in welcher die Bundesbehörden die entscheidende Mittheilung über die bedauerlichen Vorgänge an der italienischen Grenze ausgeprochen wurde. Als Ort der nächsten Generalversammlung wurde wieder St. Gallen, als Ort der Revisionskommission Frauenfeld und als nächster Versammlungsort Baden bestimmt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt.
Die juristische Zurechnung Rubet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.
H. Königberg. Wie Sie aus der Pfingstnummer ersehen haben werden, ist der Gegenstand Ihrer Korrespondenz von uns schon behandelt.
H. D. Wissen wir nicht, fragen Sie mittels Postkarte mit Rückantwort bei der Redaktion der „Frankfurter Volksstimme“ an.
S. Z., Berlin W. Wir haben den Fall Gorden-Delbrück nie für weiterführend gehalten, um ihn der Erwähnung werth zu halten; wir haben deshalb auch keine Berichterstattung, von den bez. Ausführungen im letzten Hefte der „Zukunft“ nicht zu nehmen.
H. L. Der Möbelhändler hat erst seine Verpflichtung zu erfüllen, bevor er den Rest zu erhalten hat. Fordern Sie ihn auf, seiner Verpflichtung binnen 5 Tagen zu erfüllen, widrigenfalls Sie die Reparatur auf seine Kosten vornehmen lassen und die Kosten dafür vom Rest in Abzug bringen würden. Den Theil des Restes, der die Reparaturkosten übersteigt, müssen Sie zahlen. 2. Sie sind im Rechte. 3. Da die Mutter nur Kost u. f. w., nicht aber einen fest vereinbarten Lohn erhielt, so liegt keine Klagepflicht vor, die in Aussicht genommenen Schritte wären daher leider ansichtslos.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Hemdentuche, Meter 27 und 33 Pf.	Gartendecken, bunt, mit Fransen 1.25, 1.80 und 3 M.
Elsass.Renforcés Meter 25 und 36 Pf.	Tischtücher Reinleinen gesäumt, gute Qual. Gr. ca. 130/135 cm. 130/170 cm. 2.35, 2.85 M.
Elsass. Cretonnes und Dowlas, Lakenbreite, Mtr. 80 Pf.	Servietten Reinleinen, gesäumt, Dtz. 6.25 M.
Halbleinen, ca. 82 cm. breit, Meter 48 Pf.	Küchen-Handtücher Dtz. 3.50, Reinleinen 5 M.
Bett-Damaste, Kissenbreite Mtr. 55 Pf. Deckbettbreite Mtr. 85 Pf.	Stuben-Handtücher Dtz. 5.40, 6, 9 M.
Staubtücher Dtz. 95 Pf. und 1.80 M.	Stickerereien, Stück 40 Pf. bis 3 M. Stücklänge ca. 4 bis 4 1/2 Mtr.
Stickerereien, Stück 40 Pf. bis 3 M. Stücklänge ca. 4 bis 4 1/2 Mtr.	Wischtücher Reinleinen mit Inschrift, Dtz. 2.50, gesäumt 3.90 M.

Wäsche

Damenhemden, Hemdentuch, mit Spitze, Priesenform 1.30 M.	Nachtjacken, Dimiti mit Spitze, 1.60 M.
Damenhemden, Hemdentuch, mit Spitze, Achselschluss 1.40 M.	Nachtjacken, Renforcé mit Stickerel 2.20 M.
Damenhemden, Renforcé mit Stickerel, Achselschluss 1.80 u. 2.40 M.	Deckbett-Bezüge, Renforcé, gestreift Dimiti, eine Breite 3.15, eine Breite 3.50 M.
Damenhemden, Renforcé mit Handgestickter Passe 2.65 M.	Kissen-Bezüge, Renforcé 85 Pf. gestreift Dimiti 1.05 M.
Beinkleider, Renforcé mit Stickerel, gerade Form 1.55 M.	Dowlas-Laken, eine Breite, 1.85 M.
Beinkleider, Renforcé mit Stickerel, runde Form 2.10 M.	Herren-Nachthemden, Renforcé mit Falten 1.80 M.

Warenhaus A. Wertheim

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 1. Juni.

Oberhand. Martha. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Hamlet. Anfang 7 1/2 Uhr.

Veiling. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.

Wefen. Geschlossen.

Berliner. Cornelia. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Thielemann. Anfang 8 Uhr.

Neues. Silla Gabriola. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neuburg. Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.

Clend. Auf Sumatra, oder: Die Holländer in Kischin. Anfang 8 Uhr.

Welle-Alliance. Wein, Weib, Gesang. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Die Geheimnisse von London. Anfang 8 Uhr.

Alexanderplatz. Heinrich Heine. Ein kleines Mißverständnis. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.

Jubiläumstraße 57/52. Täglich abends 7 Uhr: Ausstellungssaal und Portale.

Passage-Panoptikum. 36 Tago-Mädchen.

Apollo. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.

Weichschallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Mittwoch:
Zum ersten Male:
Thielemann's.
Donnerstag:
Thielemann's.
Freitag:
Die Dummen.

Opfer-Carl Weij-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 4. Male:
Gr. Ausstattung! Gr. Ballett!
Auf Sumatra
oder
Die Holländer in Kischin.
Großes Ausstattungsspiel mit Gesang und Ballett in 12 Bildern nach einem franz. Melodram von Ed. Gohmann. Musik v. J. Strauß. Neue Dekorationen von Dome, Kostüme von Dallmann. Ballett einstud. v. Carola Rinta, erste Solotänzerin vom Hoftheater in Altona. Anfang 8 Uhr.
Im Garten v. 5 Uhr an: Gr. Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung. Gr. Bantomime.

Apollo-Theater.

Neues Programm.
8 Debuts
und um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz in zwei Bildern von Benno Jacobson. Musik von Wih. Rosenweing. in Szene gesetzt v. Direktor Glück.
Vor der Vorstellung:
Grosses Garten-Konzert.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Prater-Theater.

Rosaniens-Allee 7/9.
Täglich: **„Friede auf Erden.“**
Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schulz. Musik v. H. Kerker. Eugenio Formas, Kostümsoubrette. Gebr. Milardo, Orchester. Quett. Osmani Troupe, müssl. Excentric. The 3 Wartons, Barriere-Kroketten. Mr. Barna mit 3 dress. Ratten. Ballet. Bantomime. Konzert und Ball. Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. refero. Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Pahlmann's Vaudeville-Theater

Inhaber F. Pahlmann.
Schönf. Allee 148, Rosaniens-Allee 97/99.
Täglich:
Konzert, Theater
u. **Spezialitäten-Vorstellung**
mit stets neuem Programm.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Im schönen Garten täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden ist menschlich.
Lustspiel in 1 Akt von Lammhofer. **Rehps auf der Oberwelt.**
Polken-Quelche in 1 Akt von Senftleben u. Thalburg. Musik v. Michaelis.
Neu! Die kleinen Geliebten oder Neu!
Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz von Walter Weidke. Musik von Wagners.
Im Saale: **Grosser Ball.**

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung.
Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab.
Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr:
Wissenschaftliches Theater.

Passage-Panoptikum.
Theater Variété
ohne Extra-Entree.
Neu! Alpen-glühen.



Castan's Panoptikum.
Friedrichstr. 165.
Ein lebender **Riesen-Orang-Utan**
der „Waldmensch“ von der Insel Borneo, 1 1/2 Met. hoch.
Salambo, die schöne Schlangenhändlerin.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und **Humoristen.**
Neu! Neu! In Amerika!



Garten-Theater der Reichshallen
Leipzigerstrasse 77.
Täglich:
im 3000 Personen fassenden Sommer-Garten auf neu-erbauter Garten-Bühne.
Wilhelm-Kalberg, Agoston-Ensemble!
Spezialitäten 1. Ranges!
Clara Antoni, Hella Collier, Toni Leonardy, Hermanos Castagna Brüder Paxton, Tom Briarty, Die 6 nordischen Perlen! u. i. v.
Das Konzert beginnt um 7 Uhr, die Vorstellung um 7 1/2 Uhr. Tageskasse von 11-1 Uhr vorm.
Bei unangenehmer Witterung Vorstellung im Theateraal.

Opern-Part,
Am Kärntner Platz.
Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.**
Mimi Schröder, Chansonette. Paul Barton, Komiker. Geschw. George, Gesangs-Duettsisten. Margot Estera, Chansonette. Solosolisten u. Orchester. Die Raffeküche ist geöffnet.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.

Heute (sowie täglich): Steffiner Sänger

(Wesfel, Pleiro, Britton, Sieidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).
Anfang präzis 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billets à 40 Pf. und Familien-Billets à 1 M. (für 3 Personen gültig) sind in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben. (Siehe Plakate).



Möbel-Verkauf.

Oranienstr. 73, Hof I, in meinem vier Etagen hoher Speichergebäude habe ich in überraschend großer Auswahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stühle in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Vortheilhafte Einkaufsquelle für Brautleute. Teilzahlung gestattet. Beantragen ohne Auszahlung. Täglich Eingang verschiedenster und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franco. 56119

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
Carl Hagenbeck's INDIEN
BAHNSTATION SAVIGNYPLATZ
Vorstellungen in der Arena: an Wochent. 6 u. 8 Uhr, an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr, im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**
Entree 50 Pl., Kinder die Hälfte.

Am Königs-Thor, Haltestelle der Ringbahn. Am Friedrichshain, Haltestelle der Ringbahn.
Schweizer Garten.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saale **Ball.**
An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Raffeküche von 3-6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen. Größeren Vereinen empfehlen wir unser Stadtfest (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

Max Klem's Sommer-Theater,
Gosenshalde 14/15. - Künstlerischer Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Barsikow-Troupe - The Terras - Little Elfrida. Georg Fischer, Liebesfänger; Franz Wunsch, Soubrette; Karl Gursch, Tanz-Barock; Martha Reinshagen; Tutti Belmonte.
Neu! Das Blumenmädchen vom Morikplatz. **Neu!** Volkslied mit Gesang in 2 Akten von J. Gihner. **Neu!** Liebesroman. Singspiel in 1 Akt von Paul Abler. **Neu!** Der Lab nach der Vorstellung: **Garten-Concert.** In den beiden Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Concerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr. Sonntags 5 Uhr.
Max Klem.

Gr. Frankfurter **Königsbank** Gr. Frankfurter
Strasse 117. Strasse 117.
Empfehle meine Säle und prachtvollen Garten (beide mit Theater-Bühne) bis 2000 Personen fassend, den geehrten Vereinen zur freien Benützung. (4927L*)
Hermann Warsany.

49773*
Maitrank
täglich frisch, ausgezeichnet im Geschmack,
à Fl. 80 Pf., 10 Fl. Mk. 5.50, 50 Fl. Mk. 25.- etc.
Heidelbeer-Wein, Johannisbeer-Wein,
weiss u. roth, herb u. süß,
à Fl. 75 Pf., 10 Fl. Mk. 7.-, 50 Fl. Mk. 30.- etc.
Brombeer-Wein, Wermuth-Wein à Fl. Mk. 1.-.
Grösste Obst- und Beeren-Wein-Kellerei Berlins.
Probirstelle: Kommandantenstr. 67.
Eugen Neumann & Co.
Komptoir u. Gesamt-Kellereien: SW. 68, Lindenstr. 15/17.
Fernsprecher: Amt IV. 9676.
Detail-Verkaufsläden: **Welle-Alliance-Platz 6a, Amt IV. 3578, II. 2632,**
Heine-Friedrichstr. 81 - Oranienstr. 190. - Genthinerstr. 29. -
Kommandantenstr. 67. - Grüner Weg 56. - Schönberg, Hauptstr. 129.
Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 48. - Potsdam, Bäckerg. 7.

Mütter und Töchter
Berlins!
Wenn Ihr Energie und Eigenliebe genug besitzt, die Euch verliehenen Gaben, Schönheit und Frische Euch zu erhalten oder zu erhöhen, so benutzet für die Toilette nur
Karola
die vortheilhafteste Seife für den täglichen Gebrauch.
Karola
macht die Haut sammetweich, geschmeidig und schön.
Karola
macht den Teint klar, rein und zart.
Mütter! Waschet und badet Eure Kinder nur mit
Karola
Ihr erhaltet alsdann denselben die Gesundheit und werdet Euch über den wundervoll zarten Teint der lieben Kleinen freuen.
Käuflich überall.
Karol Weil & Co.,
Berlin 48.
Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gef. schw. perf. und jun. Fleisches.
Hühnersch. pro Pfd. von 30 Pf. an, Schweinesch. 40 Pf. (4978L*)
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Direkt von Aachen!
Der ersten Tuchfabrikstadt Deutschlands, versenden wir zu bekannt billigen Preisen berühmte prämierte Aachener und andere erstklassige **Anzüge, Paletots** etc. in unüber-troffl. Ausst. Tausende Empfehlungen und die stattliche nachweisbare Anzahl von ca. 30 000 Kunden beweisen unsere hervorrag. Leistungsfähigkeit. Muster vom Einfachsten bis Hochfeinsten franko an jedermann. unsere berühmte Spezialität, echtfarbig, reinwollig, modern, 3 Meter zum gediegenen Anzuge 12 Mark! (23/17*)
Monopol-Cheviot
Wilkes & Cie., Tuch-Industrie, Aachen No. 78.

Der Stolz der Hausfrau
ist eine blendend weiße Wäsche. Diese wird am sichersten erzielt durch die Benützung des echten
Dr. Thompson's Seifenpulvers
zum Waschen und Bleichen, wobei die Stoffe mehr geschont werden, als bei anderen Wascheinrichtungen, auch wird viel Mühe, Zeit und Geld erspart.
Man achte auf die Schutzmarke „Schwan“.
Zu haben in den meisten Droguen-, Seifen- und Kolonialwarenhandlungen. 24/2*

B. Günzel, Lothringerstr. 52. (Spezialität: Portraits sozialistischer Führer, Vassale, Marx etc. in Cigarettenpfeifen, Pfeifen, Kabinen, Brocken, Krücken, Bildern u. dgl., sowie jede Drechlerwaare u. Repar. (Man verl. Preisführer).

Etablissement
Seldschlößchen
Inhaber Fritz Nagel
Müller-Strasse Nr. 112.
Im größten und schönsten Garten des Nordens (8000 Personen fassend):
Täglich: **Frei-Konzert.**
Sonntags:
Konzert, Theater
u. **Spezialitäten-Vorstellung.**
Im Saale: **Ball.**
Achtung! 52120*
Die Sonntage der Winter-Saison sind an Theater-Perfekte zu vergeben.
Fritz Nagel.



Möbel
verleihen gezeigene und neue, billig und billig. Teilzahlung gestattet. Beantragen ohne Anzahlung 4995v*
Neue Königstraße 59
und **Gneisenaustraße 15.**

Anzüge nach Maß für Herren- u. Knaben
Grösste Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Jacketts etc. werden unter Garantie des guten Stiches zu überaus billigen Preisen (schnellstens angefertigt im Zuschneide) bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Senf
Doch auf der Stelle alle Schwaben mitkammert der ganzen Brust bei der geringsten Verührung mit „Poudre Martial“ in Packeten zu 50 Pf., 100, 200, 300 und 500 Pf. Spritzapparat 50 Pf. Schindert dauernd jede Wiederkehr, durchdringt Tapeten und Stoffe und zerstört alle Resten bis auf den letzten Rest. Hinterläßt nirgends Flecke. Ist völlig geruchlos und nicht feuergefährlich. Der
Senf
holl auf der Stelle alle Schwaben mitkammert der ganzen Brust bei der geringsten Verührung mit „Poudre Martial“ in Packeten zu 50 Pf., 100, 200, 300 und 500 Pf. Spritzapparat 50 Pf. Schindert dauernd jede Wiederkehr, durchdringt Tapeten und Stoffe und zerstört alle Resten bis auf den letzten Rest. Hinterläßt nirgends Flecke. Ist völlig geruchlos und nicht feuergefährlich. Der
Senf
holl auf der Stelle alle Schwaben mitkammert der ganzen Brust bei der geringsten Verührung mit „Poudre Martial“ in Packeten zu 50 Pf., 100, 200, 300 und 500 Pf. Spritzapparat 50 Pf. Schindert dauernd jede Wiederkehr, durchdringt Tapeten und Stoffe und zerstört alle Resten bis auf den letzten Rest. Hinterläßt nirgends Flecke. Ist völlig geruchlos und nicht feuergefährlich. Der

Sophastoffe
auch **Beste**
in Nids, Damast, Crèpe, Bantone, Gobelin und Plüsch (vollständig) (4971v*)
Proben franko!
in allen Qualitäten zu Jahrbüchern.
Berlin S., **Emil Lefèvre, Crantienstr. Nr. 158.**

Fahrräder
Stets großes Lager erstklass. Fabrikate auf 4995v*
Theilzahlung
ohne Preisermäßigung zu den besten Bedingungen.
Reparatur-Anstalt.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
nicht am Rosenhain-Thor.

Man trinke:
Original-Löwenbitter
Das Beste für den Magen.
In Flaschen à Mk. 0.60, 1.10 u. 1.50.
Wie im Glasbottel überall zu haben.
Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen. (50485v*)
R. F. Mittelstädt
Weinhandlung und Bitter-Fabrik
N., Brunnenstr. 152.
Zähne v. 2 Mark event. Teilzahlung.
Oiga Jacobson, Jubiläumstr. 145.